

DAS ROTE

ginkgoblatt

MAI|JUN|JUL 23

das Magazin der LINKEN in Weimar
und dem Weimarer Land



SUSANNE HENNIG-WELLSOW

»Was uns herausfordert und
Aufbruchsgeist wecken kann«

RALPH LENKERT

zur Wasserfrage in Thüringen

»OHNE DEMOKRATIE KEIN SOZIALISMUS«

Ein Interview mit Walter Plicht

AUFBRUCH

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

ihr haltet nun die vierte Ausgabe der Neuauflage des roten Ginkgoblatts in euren Händen. Wir versuchen das »neue« Ginkgoblatt entlang der Erkenntnis aufzubauen: Parteizeitungen werden im 21. Jhd kaum noch gelesen und sind zumeist nur Werbeblätter. Auf diesen Umstand wollen wir reagieren und es – im Rahmen unserer Möglichkeiten – anders machen. Daher wollen wir alle Autor:innen dazu ermuntern, über das zu schreiben, was sie gerade interessiert bzw. umtreibt. Dadurch erhoffen wir uns einen authentischen Blick auf die linke Lebenswelt, unsere Analysen, Hoffnungen und Anliegen zu ermöglichen. Schließlich liegt darin unsere eigentliche Stärke und nur dadurch werden wieder mehr Menschen gewinnen.

Diesmal haben wir eine grüne Frühjahresausgabe unter dem Titel »Aufbruch« gestaltet. Der Gedanke dahinter lautet, dass wir als Gesellschaft und als Partei vor einem notwendigen Aufbruch stehen, welcher sich jedoch nicht einstellen mag. Zu oft und zu leicht wird er einfach nur als rhetorischer Effekt verkündet und verschwindet dann wieder in der Vergessenheit. In der Ausgabe soll es darum gehen, warum das so ist und was dagegen getan werden kann. Das Thema eines jeden Ginkgoblatt ist jedoch keineswegs bindend, sondern soll dem Heft einfach nur eine Art Klammer & Orientierung geben.

Wir brechen also nicht einfach zu einer Wanderung auf, sondern befinden uns in einer schwierigen Situation und müssen eine lange, harte Reise beginnen. Den »Aufbruch«, den wir organisieren wollen, ist im gewissen Sinne notwendig geworden, weil er aus einer Gefahr heraus entsteht (Zerfall der Partei, der Arbeiterbewegung, der Klimakatastrophe, neue Kriege, usw.) und dort, wohin wir aufbrechen wollen, sieht es jetzt auch nicht einfach rosig aus. Die Zukunft muss erst von uns erbaut werden.

In dieser Ausgabe findet ihr Artikel von Susanne Hennig-Wellsow über den Aufbruchsgeist, Lena Saniye Güngör berichtet über die Feministische Aktionswoche und Ralph Lenkert schreibt über das immer wichtiger werdende Thema Wasser bzw. Wassermangel. Wie in jeder Ausgabe gibt es auch wieder ein Interview. Diesmal mit unserem Genossen Walter Plicht, einem ehemaligen Lehrer für Marxismus-Leninismus. Des Weiteren schreibt unser Schatzmeister Alexander Bierbach über das manchmal etwas trockene, aber nichtsdestoweniger wichtige Thema Finanzen, Arturo Gallegos Garcia berichtet für uns über lateinamerikanische Linke und was wir von ihr lernen können & Martin Krempel schreibt am Beispiel der Erfahrungen von antifaschistischen Exilanten über das Thema »Heimat«. Abgeschlossen wird die Ausgabe mit einer kleinen Debatte über den »Schatten« von Sahra Wagenknecht und den Bericht aus den Kommunen.

Wir wünschen euch viel Spaß bei der Lektüre,
Eure Redaktion des roten Ginkgoblatts

IMPRESSUM:
DIE LINKE

Kreisverband Apolda-Weimar
Vorsitzender: Kevin Reichenbach
Markstraße 17, 99423 Weimar

DIE LINKE.
Kreisverband Apolda-Weimar

Bild: Ivana Cajina | https://unsplash.com/@von_co

INHALT

- 02 Drei lange Linien – Was uns herausfordert und Aufbruchsgeist wecken kann**
Von Susanne Hennig-Wellsow
- 04 Thüringen. Überall gleich gut. – Feministische Aktionswoche im Weimarer Land**
von Lena Saniye Güngör
- 06 Wasser – Quell des Lebens, unverzichtbar und manchmal gefürchtet**
von Ralph Lenkert
- 08 Ein Interview mit Walter Plicht**
von Martin Krempel und Hans-Jürgen Fuchs
- 12 Ausmalbild »AUF«**
von Marcus Horn
- 14 Ohne Moos nichts los – DIE LINKE und die Finanzen**
von Alexander Bierbach
- 16 Der Erfolg der lateinamerikanischen Linken und ihr Exportpotenzial**
von Arturo Gallegos Garcia
- 18 Verlorene Orte der freien Rückkehr**
von Martin Krempel
- 20 Cui bono? Wem nützt das? Wie weiter mit der LINKEN?**
von Sabine Berninger
- 21 Warum engagieren wir uns im Verein Faire Welt e.V., der den Weltladen in Weimar betreibt?**
von Heidrun und Stanislav Sedlacik
- 22 Nachruf auf Inge Koch**
von Hans-Jürgen Fuchs
- 23 Berichte aus den Kommunen**
von den Stadtratsfraktionen

Drei lange Linien

von Susanne Hennig-Wellsow

Was uns herausfordert und Aufbruchgeist wecken kann



Susanne bei der Arbeit im Landkreis | Bild: Linda Laub

Wenn ich in den vergangenen Monaten im Wahlkreis unterwegs war, hörte ich viel über die Sorgen von Menschen: Gestiegene Preise, Unsicherheit. Die Leute fragen sich, wie es mit dem eigenen Beruf oder der Altersversorgung weitergeht.

Was ich aber genauso erlebe, dass es diesen Menschen keineswegs nur um sich selbst geht. Ob Klimakrise oder Ungleichheit, ob die Schule im Dorf oder die Firma in der Nachbarschaft - was die Leute umtreibt, ist auch das Gemeinsame und das große Ganze.

Das drückt sich immer wieder auch in Umfragen aus, wo sich Mehrheiten für gute Klimapolitik, für Umverteilung, für solidarische Kooperation zeigen. Deshalb ärgert es mich besonders, wenn die Profiteure der Angstmacherei, die noch die sinnvollste Idee als »Bevormundung« abtun, sich plötzlich als soziale Anwälte hinstellen.

Jahrelang wurden soziale und ökologische Verbesserungen blockiert. Und nun verstecken sich Gestern-Parteien wie die CDU und die FDP hinter »den kleinen Leuten«, denen sie immer alles zugemutet haben, wenn es um Reichtumsschutz und Profitförderung ging.

Ich bin sicher, die große Mehrheit ist viel weiter als diese Politbremsen - im Denken daran, wie nötig jetzt Umsteuerung ist; im Wissen darum, dass dabei sozialer Ausgleich wichtig ist. Aber auch in der Neugier darauf, was alles erreicht werden kann an Verbesserungen.

Wir stecken mitten drin in einer der wichtigsten Entscheidungssituationen dieser Republik seit langem. In den nächsten Jahren werden die Weichen dafür gestellt, in welche Richtung sich das Land entwickelt. Da passiert viel auf Bundesebene. Da geht es auch darum, wie sich das auf Thüringen auswirkt. Da wird mitentschieden, welche sozialen und ökologischen Möglichkeiten unsere linksgeführte Landesregierung hat.

Es geht darum, wie künftig in den Städten und Gemeinden an Zukunft gearbeitet werden kann. An einer guten Zukunft. Wenn wir uns dafür entscheiden.

Gelingt der Einstieg ins radikale Umsteuern auf den Feldern von Klimapolitik und ökonomischem Strukturwandel? Gehen wir neue Wege, um notwendige Investitionen zu finanzieren und Ungleichheit zu verringern? Oder setzen sich jene durch, denen es darum geht, hohe Vermögen zu schützen, Sozialleistungen infrage zu stellen und die Interessen von Unternehmen vor die der Gesellschaft stellen? Fährt unser Zug zurück in Richtung Marktgläubigkeit und Konkurrenzdenken? Oder schaffen wir es, Mehrheiten für den Ausbau des Öffentlichen, für mehr Solidarität und Demokratie zu mobilisieren?

All diese Fragen sind nicht neu, wir reden seit Jahren darüber, und ja: Auch wir LINKE haben nicht immer den richtigen Ton getroffen. Aber, soviel Selbstbewusstsein dürfen wir haben, wir haben in Thüringen Verantwortung unter schwierigen Bedingungen übernommen. Mag sein, dass man sich im Handgemenge der Politik auch einmal einen Kratzer holt; aber das ist immer noch besser als am Spielfeldrand herumzumeckern und ein blütenweißes Trikot zu behalten.

Wenn wir einmal kurz zurückdenken an die vergangenen zwei, drei Jahre - dann sehen wir einige lange Linien, die auch in Zukunft das politische Feld durchziehen werden.

In der Corona-Phase ging es immer auch um Zustand und personelle Ausstattung sozialer Infrastruktur. Um den Stellenwert von Gesundheit, Pflege, Carearbeit sowie anderer »systemrelevanter« Tätigkeiten. Um Einkommen, um die Frage, wer die Lasten der Gesellschaft trägt. Und um ein immer wieder auszubalancierendes Verhältnis von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Notwendigkeit.

In der Energiepreiskrise waren und sind wir mit ganz ähnlichen grundlegenden Fragen konfrontiert: Auch jetzt wieder geht es darum, wie wir Wohnen und Mobilität aber auch kulturelle Angebote und unsere öffentlichen Unternehmen mit der Energiewende klarkommen. Die wirft Fragen nach der Zukunft von Berufen in den energieintensiven Branchen auf und lenkt noch einmal den Fokus darauf, wo der Transformationsdruck schon länger wirkt - etwa im Automobilbereich.

Oder bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge, für die sich so viele Menschen in Thüringen engagiert haben. (Um auch einmal diese Seite zu betonen und nicht immer nur die lautstarken Minderheiten, die gegen alles sind.) Da kommen Menschen auch, um zu bleiben - und das ist ein Gewinn: In einem älter werdenden Land brauchen wir einfachere, solidarischere Möglichkeiten der Zuwanderung, brauchen wir Regeln, die unsere neuen Nachbarinnen und Nachbarn schneller ermöglichen, mitzumachen am Gemeinsamen - aber auch darüber mitzuentcheiden.

Wenn ich die öffentliche Debatte zu solchen Themen verfolge, die oft aggressive Lautstärke vor allem rechts der Mitte, dann ärgert mich das. Auch deshalb, weil es die übergroße Mehrheit für dumm verkauft, so als ob die Menschen nur eigennützige Ignoranten wären.

Das sind die meisten überhaupt nicht, und ihre kluge, offene, die Probleme mitbedenkende Sicht hängt auch nicht davon ab, ob man auf dem Land oder in der Universitätsstadt wohnt, ob man sich den Bio-Fleischer leisten kann oder als Pendler viel Spritgeld ausgeben muss.

Wir sitzen alle im selben Boot. Wer sich Sorgen um seine und die Zukunft seiner Liebsten macht, dem bringen Parolen nichts. Die erzeugen höchstens Empörung und Abwehr - statt Hoffnung zu vermitteln und Aufbruchgeist zu wecken.

Das ist, was die Mehrheiten wollen. Wir sollten also öfter über sie reden und vor allem mit ihnen. Denn da erfährt man nicht nur berechtigte Sorgen, sondern auch Ideen, Erfahrungen, Wissen, wo und wie am besten geholfen werden kann, damit der soziale und ökologische Neubau schneller und erfolgreicher ins Werk gesetzt werden kann. Und na klar, damit enden noch nicht automatisch die Konflikte. Lasst uns sie konstruktiv führen.

Dass für Klimaschutz weit mehr getan werden muss, wird von niemandem mehr in Abrede gestellt, der noch etwas von Aufrichtigkeit hält - der gesellschaftliche Konflikt dreht sich um das Wie und die eingesetzten Mittel, um Interessengegensätze zwischen fossil-gebundenem und »grünem« Kapital, um soziale Abfederung und wo es wirklich weniger Verbrauch geben sollte. Es gibt Konflikte um Technologie. Über allem schwebt die Zeitfrage, denn die künftige Freiheit und Chancen unserer Kinder und Enkel werden heute mitverhandelt werden.

Dass die demographische Herausforderung enorm ist, bezweifelt auch kaum noch jemand, weil alle es selbst in ihrem Alltag spüren - bei der Pflege von Angehörigen, weil der Bäcker im Ort aus Altersgründen schließt, weil die Schule schon wieder einen Lehrer sucht. Der gesellschaftliche Konflikt dreht sich darum, wie wir darauf am besten reagieren können, in dem wir Arbeitsmarkt, Zuwanderung, Gesundheitssystem und Altersversorgung besser machen.

Dass ein riesiger Bedarf an Ausbau und Stärkung des öffentlichen Sektors nötig ist, haben die Krisen der vergangenen Jahre deutlich gemacht. Der gesellschaftliche Konflikt dreht sich darum, wie wir zu digitalisierten Gesundheitsämtern, sanierten Schulen, schnelleren Verwaltung kommen und wie wir das finanzieren, wie wir die dafür nötige Umverteilung ausgestalten. Auch die große Frage, ob eher der Staat eingreifen oder eher »der Markt« entscheiden sollte, spielt hier eine wichtige Rolle, ebenso räumliche Aspekte der sozialen Daseinsfürsorge und Stadt-Land-Ungleichheiten.

Diese drei großen Themen sind vielfältig untereinander verbunden. Klimaschutz und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge zum Beispiel brauchen enorme Investitionen. Die Schuldenbremsen wirken hier als Blockade und werden von den »Parteien des Gestern« verteidigt.

Gelingender Klimaschutz braucht ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge, um Belastungen solidarisch abzufedern - er kann zugleich aber selbst verteilungspolitisch hin zu mehr Gleichheit wirken.

Klimazerstörungen, die vom globalen Norden ausgehen, berauben immer mehr Menschen im globalen Süden ihrer Heimat und mahnen uns deshalb zu mehr als Gastfreundschaft - zu einer neuen Bleibefreundschaft. Und wir willkommen die neuen Nachbarinnen und Nachbarn, um zu erhalten, was uns lieb geworden ist, und um zu gestalten, was nötig sein wird.

Wir können diese drei großen Themen als »Probleme« beschreiben. Das zieht aber immer ein bisschen runter. Nennt man sie »Herausforderungen«, wir schon ein bisschen deutlicher, dass wir eigentlich die Mittel und Ideen für soziale, ökologische Lösungen haben. Sprechen wir von Entwicklungsfeldern, klingt das zwar irgendwie technisch, aber es zeigt sich noch besser, dass es jetzt darum geht, Zukunft zu machen.

Wir werden einiges ändern müssen, aber wir werden dabei viel gewinnen. Saubere Luft und mehr Grün in den Städten, neue Jobs und heute noch unbekannte Chancen, mehr Gemeinsamkeit und die innere Überzeugung, etwas Richtiges zu tun für einen selbst und für alle anderen.

Das wird nicht einfach, aber es kann werden. Die Betonung liegt hier auf dem zweiten Teil des Satzes. Weil Hoffnung und etwas Optimismus auch dazu beitragen, dass Veränderung Spaß macht. Dafür brauchen wir Möglichkeiten der Mitentscheidung, dazu werden wir Alltagsorgen berücksichtigen, dazu ist demokratische Aushandlung wichtig.

Wir werden sicher auch über Zielkonflikten reden müssen, darüber: Was brauchen wir am schnellsten, wo muss am dringendsten umgebaut werden, wer sollte am zügigsten unterstützt werden - und was wird demzufolge noch ein bisschen warten müssen?

Ein Aufbruch, wie ich ihn mir vorstelle und wie wir ihn in Thüringen ja längst begonnen haben, wird das Große im Blick behalten ohne das Kleine zu übersehen. Was ich bei der Tafel in Weimar, in den Ausschüssen im Bundestag oder bei der Wohnungsgenossenschaft in Erfurt an konkreten Wünschen höre, zeigt, was für Lösungen nötig - aber auch möglich sind. Lasst uns Mut zum Mitmachen und Vorangehen stiften, Möglichkeiten zur Entfaltung schaffen und dafür Sorge tragen, dass niemand zurückbleibt. Dabei können wir LINKE in Thüringen auf Vertrauen setzen. Kontinuität schafft Sicherheit. Und wir wissen, dass Politik nicht nur eine Frage des Kopfes ist, sondern auch des Herzens.

Thüringen. Überall gleich gut. – Feministische Aktionswoche im Weimarer Land

von Lena Saniye Güngör



V.l.n.r.: Heike Werner, Lena Saniye Güngör und Ulrike Grosse-Röthig
Bild: Kevin Reichenbach

In der Woche vom 6. zum 9. März waren wir mit dem Mobil der Kampagne »Thüringen. Überall gleich gut« der Linksfraktion im Thüringer Landtag im Weimarer Land unterwegs. Die Kampagne soll auf die Unterschiede im städtischen und ländlichen Raum in Thüringen aufmerksam machen und Wege aufzeigen, wie diese Unterschiede überwunden werden können, so dass die Menschen in Thüringen überall und ohne Ausnahme gleich gut leben können. Hierbei sollen regional-strukturelle Themen wie Mobilität, Gesundheit und Bildung genauso in den Fokus gerückt werden, wie gesellschafts-strukturelle Themen wie Feminismus und Gleichstellung.

Wir hatten uns bewusst für diesen Zeitraum entschieden, da in diesen sowohl der Equal Pay Day (7. März) als auch der Internationale Frauentag bzw. feministische Kampftag (8. März) fielen. Wir wollten unsere Kampagnenwoche zu einer Feministischen Aktionswoche ausgestalten. Noch immer haben Frauen nicht die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie erhalten im Schnitt 18 Prozent weniger Lohn und arbeiten fast doppelt so häufig im Niedriglohnssektor. Frauen sind noch immer unterrepräsentiert, sei es in der Politik oder in der Wirtschaft.

Unter den 255 Vorständen der DAX-Unternehmen sind 57 weiblich. Das entspricht 22,4 Prozent. 32 Prozent der Abgeordneten des Thüringer Landtages sind weiblich und auch nur jede vierte Hochschule in Deutschland wird von einer Frau geleitet. Frauen übernehmen noch immer den Löwenanteil der unbezahlten Care-Arbeit, kümmern sich um die Kinder und pflegen Angehörige.

Den Anfang unserer Feministischen Aktionswoche machten am Montag zwei Infostände im südlichen Weimarer Land, in Kranichfeld und Bad Berka. Trotz teilweise starker Schneefälle konnten wir bei heißem Tee mit einigen Bürger:innen vor Ort ins Gespräch kommen, über die Arbeit der Landtagsfraktion berichten und über unsere feministischen Themen informieren.

Am Dienstag waren wir am Morgen mit einem Infostand auf dem Markt in Bad Sulza und verteilten später Tüten mit Präsenten und Infomaterial an die Belegschaft der Seniorenpflegeheime in Bad Sulza und Niedertrebra. Der Pflegebereich ist ein Paradebeispiel der von Frauen dominierten Berufe. Über 80 Prozent des Pflegepersonals sind weiblich. Wie in vielen anderen sogenannten »Frauenberufen« sind diese unterdurchschnittlich bezahlt, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die physische und psychische Belastung hoch, die Aufstiegschancen gering. Während der Corona-Pandemie wurden genau diese Frauen von allen Seiten beklatscht. Sie waren und sind noch heute »systemrelevant«. Dennoch hat sich an den Arbeitsbedingungen bisher kaum etwas geändert. Es benötigt dringend Veränderungen, bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Entlastung und natürlich auch mehr Personal.

Am Nachmittag fand dann eine Kundgebung zum Equal Pay Day auf dem Jenaer Nonnenplan statt. Auch wenn uns auch hier das diesmal sehr stürmische Wetter etwas Probleme bereitete, nahmen einige an der Kundgebung teil und hörten gespannt den Reden von Dr. Gudrun Lukin, Julia Langhammer (DGB), Dr. Kerstin Haupt (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Jena), Heike Döbler (Frauenzentrum TOWANDA Jena e. V.) und von mir zu und konnten sich so über Themen wie den Gender-Pay-Gap, also die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern oder über die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen informieren. An die Passant:innen wurden Tüten mit Infomaterial und Schokolade verteilt. Die bundesweiten Organisator:innen des Equal Pay Day hatten in diesem Jahr unter dem Motto »Die Kunst der gleichen Bezahlung« ihren Fokus auf den Kunst- und Kulturbereich und damit auf ein Thema gelegt, das auch in Thüringen mit seinem breiten Angebot an kulturellen und soziokulturellen Einrichtungen von großer Bedeutung ist. Je nach Bereich liegt dort der Gender Pay Gap bei bis zu 30 Prozent.

Der 113. Internationale Frauentag stand ganz im Zeichen einer großen Kundgebung auf dem Apoldaer Markt. Von 10 bis 16 Uhr wurden Infomaterialien, Schokolade und Kakteen verteilt und bei Musik und heißem Tee Gespräche geführt. Unterstützt wurden wir hierbei vom DGB Kreisverband Weimar/ Weimarer Land, unserer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Heike Werner und unserer Landesvorsitzenden Ulrike Grosse-Röthig. Es gab auch eine kleine Mitmach-Aktion unter dem Motto »Wir Fordern« konnten die Teilnehmenden ihre gleichstellungsspezifischen Forderungen auf Karten schreiben und an unsere große Wand pinnen.

Am Donnerstag folgten noch einige Steckaktionen in verschiedenen Orten, bei der wir unsere linken Botschaften zu Feminismus und Gleichstellung in die Briefkästen des Weimarer Landes gebracht haben. Auch nach unserer erfolgreichen Feministischen Aktionswoche im Weimarer Land werden unsere feministischen Kämpfe natürlich auf allen politischen Ebenen und in allen Thüringer Räumen weitergehen. Wir kämpfen nicht für Blumen, wir kämpfen gegen ein »Weiter so« der patriarchalen Ordnung und damit für ein gutes Leben für Alle!

Kostenfreie Fahrt nach Berlin?

Mit dem Wahlkreisbüro Susanne
wird's möglich!

2 Tage nach Berlin
inkl. Stadtführung und Besuch des Bundestags

Meldet euch im Büro in Weimar West:

✉ susanne.hennig-wellsow.ma08@bundestag.de

☎ 03643 / 4698757



Fahrtkosten und Übernachtung im Hotel werden übernommen.

Wasser – Quell des Lebens, unverzichtbar und manchmal gefürchtet

von Ralph Lenkert

Wir öffnen den Hahn und sauberes Trinkwasser fließt, die Freibadbecken sind stets gut gefüllt, duschen, baden, Toiletten, dass dies alles funktioniert, das ist selbstverständlich, daran haben wir uns gewöhnt. Wenn uns Wassermangel Probleme bereitete, dann maximal mit dem Verbot des Gießens. Niemand glaubte bis 2020, dass wir uns in Deutschland um Wassermangel, um Wasserrationierung Gedanken machen sollten, ja müssen.

Sorgen bereiteten uns beim Wasser die seltenen schlimmen Jahrhunderthochwasser, aber nur wenn die Fluten tobten. Aber die Erfahrungen verblassten mit den Jahren und hinter höheren Deichen, Staustufen und Dämmen fühlten wir uns sicher.

Die Klimaveränderung verändert unseren Wasserhaushalt massiv. Jahrhunderthochwasser 1993; 1998; 2002; 2013; 2017 und zuletzt 2021 im Ahrtal, regelmäßige lokale Überflutungen nach Starkregen sind die eine Seite. Vier schwere Dürren trafen uns auf der anderen Seite in den letzten fünf Jahren (2018; 2019; 2020; 2022). Es kam zu Waldbränden, Landwirte hatten große Ernteausfälle zu beklagen, in Städten starben Menschen aufgrund der unerträglichen Hitze. Unsere Wälder verdorrten und konnten Schädlingen nicht mehr widerstehen. Große Flüsse wurden zu Rinnsalen und kleine Flüsse wie z. B. die Ilm fielen abschnittsweise trocken.



So stellt man sich die Ilm im Sommer gerne vor – genügend, aber auch nicht zu viel Wasser – aber leider wird der Anblick immer seltener. (Aufnahme Ende Juni 2021) | Bild: Felix Ihle

Neben diesen offensichtlichen Katastrophen gibt es auch katastrophale Entwicklungen jenseits der medialen Aufmerksamkeit. So sinken die Grundwasserstände im großen Maßstab. Sie werden von örtlichen Behörden zwar gemessen, aber erst das Team von »Correctiv« führte die Messwerte zusammen. Das Ergebnis ist alarmierend: Deutschland verliert sein Grundwasser. Es ist notwendig, unseren mitteleuropäischen Wasserhaushalt als Ganzes zu betrachten.

Eine Aufgabe für das ganze Land

Eine nationale Wasserstrategie fehlt bis heute, selbst der Entwurf ließ viel zu lange auf sich warten und jetzt wo er auf dem Tisch liegt, wird nicht über die Qualität und das gemeinsame Lösen der Herausforderungen diskutiert, sondern es wird bei Einzelmaßnahmen um die Umsetzung gefeilscht.

50 Prozent des genutzten Wassers werden von Industrie, privaten Haushalten und Landwirtschaft verbraucht. Aber die andere Hälfte des Brauchwassers gehen auf das Konto der Energiewirtschaft für Kohleindustrie, Gas- und Atomkraftwerke, die jede Menge Wasser benötigen. Dem zu Folge wären Fortschritte bei der Energiewende nicht nur ein Klimaschutz, sondern auch notwendige Klimavorsorge. Zu lange investierten wir in Deutschland Geld, um bei starken Niederschlägen das Wasser schnell aus den Städten

heraus über die Flüsse ins Meer zu bringen. Da es immer mehr Platzregen und immer weniger Landregen gibt, fehlt den Niederschlägen die Zeit zum Versickern. Starkregen, Hochwasser und Dürren müssen wir zusammen angehen. Die meiste Energie und das meiste Geld innerhalb einer Wasserstrategie sollte in naturnahe Lösungen fließen mit technischen Maßnahmen zur Unterstützung und Ergänzung. Ein paar Beispiele von Wassermanagementmaßnahmen mit ihrer Wirkung auf den Wasserhaushalt:

Waldumbau von Nadelwäldern zu Laubmischwäldern – ein Quadratmeter Nadelwald kann 70 Liter Wasser aufnehmen, bei Laubmischwald sind es 200 Liter. Laubmischwälder dämpfen Hochwasserhöhen und haben länger Wasserreserven bei Trockenheit. Entsiegelung von Flächen verringert die Hochwasserspitzen, weil mehr Wasser versickert, was auch gleichzeitig dem Grundwasserstand hilft. Unseren Bächen und Flüssen mehr Raum zu geben, verringert die Hochwasserhöhen und das Wasser bekommt wieder mehr Zeit, ins Grundwasser zu versickern. Auch die Wiedervernässung von Mooren ist Hochwasser- und Dürreschutz. Moore sind wie gigantische Schwämme, sie können sich schnell vollsaugen und geben dann das Wasser langsam ab. Das Ziel muss sein, dass das Wasser lange in den jeweiligen Landschaften verbleibt und mehrfach genutzt wird. Da sind wir schon bei ergänzenden Möglichkeiten, wie die Melioration der Landwirtschaft, die gleichzeitig Felder vor zu viel Wasser schützt und das Wasser zur Bewässerung bei Trockenheit speichert. In der Wasserstrategie der Ampelkoalition ist dieses gekoppelte Vorgehen jedoch kaum enthalten.

Die Aufgabe der gesamten Wasserversorgung der Bevölkerung und Wirtschaft ist darüber hinaus eine Sache der Daseinsfürsorge und darf daher nicht Profitinteressen unterworfen sein. Zu viele Wassernutzungsrechte an Großkonzerne wurden vergeben, die Konzentration z.B. von Getränkeherstellern auf wenige Standorte führt zu regionalen Übernutzungen des Wasserangebotes. Es gibt keine Übersicht über vergebene Wasserrechte. Eine erste dauerhafte Rationierung von Trinkwasser gibt es in einem Teil Brandenburgs, weil man Tesla zu viel Wasser zusagte. Notwendig wäre Wassersparen, Wassermehrfachnutzung und Wassermanagement voranzubringen.

Doch derweilen streitet man sich in der Koalition auf Bundesebene, wer im Notfall noch Wasser bekommt – Privathaushalte, Industrie, Landwirtschaft oder Energiewirtschaft. Eine pauschal nicht leicht zu beantwortende Frage: Denn Menschen können einige Tage evtl. ihren Bedarf über abgepackte Getränke decken, aber ohne Strom (Wasserverbrauch der Energiewirtschaft) funktioniert auch keine Wasserwirtschaft oder Lebensmittelhandel. Es muss also regional geprüft werden, auf was bei einem Wassernotstand verzichtet werden kann. Allen voran dürften dies Industriebetriebe sein, die keine lebenswichtigen Artikel (wie etwa Elektroautos) herstellen. Leider haben diese meist genügend Einfluss in den Ministerien und anderen Fraktionen über ihre ökonomische Macht, damit sie von Sparmaßnahmen ausgenommen werden. Auch hier braucht es eine klare Wasserstrategie, die offen und transparent erstellt wurde.



Ein Wasserspeicher zwischen Feldern und Dorf ist nicht nur gut zur Bewässerung und für die Feuerwehr, sondern auch heimische Tiere und die Anwohner erfreuen sich daran. (Aufnahme Ende Juni 2021) Bild: Felix Ihle

Wassernotstand an der Ilm

In den letzten Sommern war die Ilm an vielen Stellen an ihrem Oberlauf fast oder gänzlich ausgetrocknet. Dies liegt zum Teil auch sicher an dem streckenweise vorhandenen Untergrund aus Karstgestein, aber stellt dennoch ein Novum da, welches nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt stark beeinträchtigt, sondern auch beispielsweise die Feuerwehr vor neue Herausforderungen stellt.

So wird in Kranichfeld die Ilm standardmäßig als Wasserreserve bei Bränden in der historischen Altstadt genutzt. Andere Speicher wie Zisternen sind nicht im ausreichenden Maße vorhanden. In Hitzesommern mit Niedrigwasser der Ilm könnte der Feuerwehr im Brandfall also das Wasser ausgehen oder müsste über große Strecken transportiert werden. Doch nicht nur von Feuern sieht sich die Stadt Kranichfeld bedroht, denn wie Studien gezeigt haben, ist die Region im südlichen Weimarer Land und dem nördlichen Ilmkreis durch die geologische Beschaffenheit und die ufernahe Bebauung am stärksten in unserem Bundesland durch Starkregenereignisse gefährdet. In diesem Sinne muss kurz- und mittelfristig mehr für den Hochwasserschutz an der oberen Ilm getan werden.

Ein weiteres Problem in Thüringen sind sogenannte »Herrenlose Speicher«. Diese Wasserspeicher könnten jedoch bei einer vernünftigen Politik auch Teil von Lösungen sein. Es geht um in der DDR-Zeit künstlich angelegte Teiche und Seen, die vor allem der Bewässerung in der Landwirtschaft und als Wasserreserve im Brandfall dienen sollten. Statt diese Speicher als reinen Kostenfaktor zu betrachten, steht vor uns die Aufgabe ihren Nutzen für Hochwasserschutz und Bewässerung unter notwendiger Klimaanpassung zu prüfen und ihre Instandhaltung und den Ausbau weiterer Be- und Entwässerungssysteme zu fördern. Einen Weiterverkauf solcher Speicher an private wäre der falsche Weg, da zumindest der Hochwasserschutz eine hoheitliche Aufgabe ist.

Insgesamt gibt es im Bereich Wasser auf allen Ebenen viel, was angepackt werden muss. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass es sinnvolle Regelungen gibt, die dem Schutz von Mensch, Tier und Natur dienen und nicht notwendige Maßnahmen bürokratisch im Weg stehen.

»Ohne Demokratie kein Sozialismus«

Ein Interview mit
Walter Plicht

Bild von: Martin Krempel

Das Interview führten Martin Krempel und Hans-Jürgen Fuchs zusammen. Die Fragen kommen von ihnen beiden. Zur besseren Lesbarkeit haben wir nicht zwischen ihnen unterschieden. Bei den meisten Fragen sollte der Leser jedoch merken, wer hier eigentlich spricht.

Hallo Walter, in unserer kleinen Interviewreihe führen wir Gespräche mit älteren Genossen, um ihre politische Lebensgeschichte kennen zu lernen. Wenn ihr alle bequem sitzt, fangen wir an ... Wann bist du eigentlich geboren und wo bist du aufgewachsen?

Ich bin am 2.4.1931 in der freien Stadt Danzig geboren. Ich werde also die Tage 92 Jahre alt.

Ein stolzes Alter.

Ja, ich habe auch nicht gedacht, dass ich das mal schaffe.

Wir wünschen dir noch viele gute Jahre.

Leider hatte ich schon viele Krankheiten, zwei Herzinfarkte und eine Menge Gefäßoperationen. Aber seit drei Jahren hatte ich keinen Krankenhausaufenthalt mehr. Ich bin gut eingestellt und kann ohne Probleme existieren.

Das ist gut. Du hast uns vorhin gezeigt, dass du eine Urkunde bekommen hast. Was steht denn auf der Urkunde? Für was hast du sie bekommen?

Für 75 Jahre Parteimitgliedschaft.

Das ist eine ganz schön lange Zeit. Das ist bei manchen das ganze Leben. Kannst du dich noch erinnern, wann und warum du damals in die Partei eingetreten bist?

Ich bin in den 40er Jahren in die Kinderlandverschickung gekommen. Wir wurden in Züge gesetzt und sind gegen Westen, bis nach Flensburg, gefahren. Von Flensburg bin ich dann mit der ganzen Truppe nach Dänemark geschickt worden und dort waren wir bis 1947 interniert. In Dänemark hat das rote Kreuz irgendwann unsere Angehörigen gesucht. Meinen Vater haben sie damals in Mecklenburg gefunden und so bin ich ebenfalls in die sowjetische Besatzungszone gekommen. Dort angekommen bin ich im Jahr 1948 in die Partei eingetreten.

Was waren dabei deine Motive und Gründe?

Veränderung! Wir hatten von der bisherigen Geschichte die Schnauze voll. Wir wollten keinen Krieg mehr. Wir wollten eine Veränderung der Gesellschaft. Das war das Motiv. Das fing schon im Internierungslager in Dänemark an: Opposition machen, kindlich allerdings, ohne großen Verstand, aber immerhin ... Hinzu kam, dass mein Vater langjähriger Parteigenosse war. Bis zum Jahr 1936 war er in der SPD, nach dem Jahr 1945 war er es wieder und schließlich gehörte er auch zu den Gründern der SED.

Das heißt, die Möglichkeit sich sozialistisch zu engagieren, war zwar nicht vorgegeben, aber irgendwie hatte man es schon von der Familie her mit im Blick?

Ja, wie gesagt, meine Eltern waren schon sehr früh politisch aktiv. Ich erinnere mich noch daran, dass bei uns zu Hause häufig die Fenster mit Decken verhängt waren, weil die Nazis losgingen, Straßenpflaster aufrissen und Fensterscheiben einschmissen. Ich habe selbst als 5-Jähriger gesehen, wie eine ganze Kompanie bei einem Sozialdemokraten die Scheiben demolierte. Es war für unsere Leute gefährlich und die Nazis haben ja

auch keine Hemmungen gehabt. Daher ist es so, dass wir eigentlich schon politisch geprägt waren. Obwohl unsere Eltern nicht unbedingt offen mit uns sprachen. Weil ja Kinder oft unbewusst Dinge weiter erzählen. Zum Beispiel erzählten wir gerne: »Opa hat einen Bluthund und der heißt Göring.« Als Kinder dachten wir natürlich wirklich daran, dass Opa einen Hund habe, der eben Göring hieß. In Wirklichkeit haben unsere Eltern bei einer hitzigen politischen Diskussion zu Hause den Nazi Göring natürlich einfach nur als Bluthund bezeichnet und wir haben diesen Begriff in unserem kindlichen Verstand wortwörtlich genommen. Als das heraus kam, wussten unsere Eltern, dass sie in unserer Gegenwart lieber nicht mehr so offen sprechen sollten.

Als die Naziepoche hinter dir war, ging es um den Aufbau der DDR. Du warst Teil von einer Generation, die diesen Staat mit aufgebaut hat. Natürlich seit ihr dort hinein gewachsen. Ihr wart noch sehr jung ...

Jung, engagiert und auch überzeugt!

Wie hat sich das geäußert?

Wir haben einfach entsprechend unseren Überzeugungen gehandelt. Ich habe schon sehr früh verschiedene FDJ-Funktionen übernommen und auf Grund meines politischen Denkens bin ich schließlich auch beim Lehrerbildungsinstitut gelandet, um Dozent für Marxismus-Leninismus zu werden. In dieser Funktion bin dann auch von Bad Doberan nach Plauen und von Plauen nach Weimar gekommen.

Da gab es dann einfach die »Order«? Dort wird man gebraucht und dort wird man nun hingeschickt?

Ja, es gab eine große Liste von Schule, wo Lehrer gebraucht werden und an diese wurde man dann vermittelt. Hierbei wurde man nicht gefragt. Es hieß dann einfach: »Du gehst da hin.« Und dann war das klar.

Ab wann bist du dann hier in Weimar & Apolda gelandet?

Das muss so ab dem Jahr 1952 gewesen sein. Ich hatte dort schon nebenamtlich unterrichtet, weil dort Lehrer fehlten und da hat der Direktor gleich gesagt: »Du kommst zu mir.« Ich hatte Vorlesungen in der Aula gehalten und Teile der Schulleitung haben hinten im Raum zugehört. Das haben sie mir später erzählt.

Wie hat man denn in der damaligen Zeit auf die Sowjetunion geschaut?

Positiv

Das natürlich, ja, aber da gab es ja auch vom Stalinismus zu Chruschtschow, später zu Gorbatschow, da gab es ja einen Wandel ...

Stalinismus wurde abgelehnt. Stalinismus an der Schule hatten wir nicht. Ideologisch ja, aber irgendwelche Nachteile gab es nicht. Ich kenne keinen der deswegen angegriffen wurde, wenn er gegen Stalin war. Das ist damals ganz gut über die Runden gegangen. Ich meine damit die Öffnung unter Chruschtschow. Die Enttäuschung war natürlich groß.

Stalin ist 1953 gestorben und dann kam der 22ste Parteitag der KPdSU mit der großen Wende.

Ja – und da waren wir ja schon an den Schulen ...

Wie hast du diese Wende vom »Väterchen« Stalin, den alle verehrt haben, zu dem uns jetzt bekannten wirklichen Stalin, erlebt? Gefühlsmäßig und Verstandesmäßig?

An und für sich als Enttäuschung, denn wir waren ja schon als FDJler auf Stalin ausgerichtet. Das war eben der fast schon göttliche Anführer. ... aber wir haben das sehr gut überstanden. Die Forderung war natürlich: einen Neubeginn zu machen. Das war ein bisschen kompliziert. Du hattest immer das Problem mit Funktionären, die noch in diese Richtung dachten. Die waren gegen eine Diskussion im großen Maßstab – und genau das selbe geschah, als Ulbricht abgelöst wurde. Auch da hieß es: Keine Fehlerdiskussion. Genau das hat sich jedoch als der eigentliche Fehler erwiesen.

Ich lese gerade die Biografie von Gorbatschow. Er hatte den hehren Anspruch, den Sozialismus aus sich selbst heraus zu verändern. Das hieß jedoch, dass er geöffnet und liberalisiert werden musste. Heute kann man sagen, dass er damit auch sein Ende eingeleitet hatte. Wenn man ein System, was zu stark geworden ist, öffnet, was ja richtig ist, war das der Anfangspunkt vom Ende. Wie hast du das damals erlebt? Als überzeugter Sozialist im sozialistischen Staat zu arbeiten und zu wirken – trotzdem aber auch mitzubekommen, dass es da Widersprüche und Schwierigkeiten gibt ... zu sehen, dass versucht wird, Dinge zu verändern. Es funktionierte aber nicht so richtig. Bis es dann zum Mauerfall gekommen ist ...

Ich muss sagen nach dem Mauerfall haben unsere Studenten unsere Schulen mit geschützt. Bei uns gegenüber war ein Stasi-Gebäude. Dort marschierte z.B. eine große Truppe ein und randalierte. Wir haben das bei unserer Schule nicht zugelassen, dass sie auf das Gelände kommen. Ich muss schon sagen, ich war erstaunt, dass die Studenten bereit waren, es zu schützen.

Die Kreisleitung der Partei existierte zur gleichen Zeit weiter und rief zu einer Großversammlung in einem Kino auf. Dort ging es um die Frage: Auflösung der SED oder nicht? Wir waren von unserer Schule sieben Mann, die als einzige dagegen gestimmt haben. Gysi hatte Recht: »Dann wäre alles erledigt«. Wir wurden häufig angegriffen und beschimpft, als Superkommunisten und was weiß ich alles, aber wir sind trotzdem bei der Stange geblieben und haben die Grundorganisation erhalten.

Für mich, als nachfolgende Generation, ist das einerseits beachtenswert und andererseits bleibt das Gefühl, dass wir aus unseren Fehlern lernen müssen. Man darf nicht alles, was war, vom Tisch wischen, aber man darf auch nicht zu nostalgisch damit umgehen, auch wenn es die eigene Lebensgeschichte ist, weil es ja um ein politisches Projekt geht. Wie zeigt sich für dich dieser Widerspruch: Einerseits nicht alles am sozialistischen Projekt zu verdammen und andererseits aber auch zu sagen, dass ein zukünftiger Sozialismus demokratisch sein muss, ansonsten hat er keine Zukunft.

Ja, das denke ich auch so. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Das ist nun mal so. Was wir hatten, war ein Funktionärsherrschaft. Das war das Problem.

Zwischen Mitte der 50er Jahre, als du ML gelehrt hast, und 1990 mit der Wende, ist ja trotzdem ein riesiger Lebensabschnitt. Den hast du hier in Weimar verbracht?

Ja, ich habe hier in Weimar gewohnt und habe dann irgendwann selbst den Antrag gestellt, dass mein Vertrag aufgehoben wird. Weil die Atmosphäre ... Mir konnte keiner was und es hat auch keiner versucht. Ich war sozusagen der Dienstälteste.

Interessant: Nach 1990 warst du noch Dozent an der Fachschule. Was hast du denn dann gelehrt?

Ich habe eine eigenen Lehrplan gemacht und habe vor allem UNO-Dokumente ausgewertet und auch den neuen Verfassungsentwurf – ohne Marx ganz einfach auszuhängen.

Also eine Art Politikwissenschaft. Die ML-Lehrer an den anderen Schulen sind dann ja meistens in die Ethik eingestiegen.

Mich konnte man ja nicht entlassen. Alle, die an der Schule waren, sind nach mir gekommen. Ich war bekannt dafür, Partei konform zu sein, also keine ideologischen Kompromisse zu machen, aber ich konnte auch mit allen Leuten umgehen. Es sind auch viele gekommen und haben gesagt »Tritt doch aus, dann kannst du noch hier bleiben«. Ich bin aber nie ausgetreten. Erst als es anfang bei einigen Studenten zu rumoren und sie persönlich wurden, habe ich dann zum Direktor gesagt: »Machen wir einen Aufhebungsvertrag.« Der Direktor wollte, dass ich bleibe, aber ich wusste, dass kann man nervlich nicht auf Dauer aushalten.

Dort bündelte sich dann in einer Situation ein Weltkonflikt. Du hast den Satz gesagt: »Ich war dafür bekannt keine ideologischen Kompromisse zu machen.« Wie kommt man zu so einem Ruf?

Ich war anerkannt für meine Geisteshaltung und für mein sonstiges Verhalten, so das ich in dieser Richtung keine Angriffsfläche bot. Als ich in Weimar 1952 anfang, lag der Unterricht in ML am Boden. Die zwei, die dort waren, haben dann auch gekündigt und sind weg gegangen. Ich habe angefangen, auch in schulischen Veranstaltungen, Vorlesungen zu halten und dadurch habe ich meine Anerkennung bekommen. Das heißt: Kein Gebabbel, sondern Fachwissen. Das hat sich noch dadurch verbessert, dass ich an der Karl-Marx-Universität in Leipzig studiert habe. Dadurch wurde die Qualität besser, insofern auch die fachlichen Darlegungen akzeptiert wurden. Bei einem Prozentsatz von 60% von Parteilosen im Lehrkörper – das muss man erst einmal schaffen.

Aus deiner Sicht – im Rückblick – der ML als Lehre: war er Wissenschaft, war er politische Weltanschauung, war er Ideologie, was war er? Im gewissen Sinne ist er ja eine ganz eigene Kategorie gewesen. Er basiert auf soziologischen Erkenntnissen über die Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Bewegungsgesetze, gleichzeitig war und ist er ja auch nicht einfach reine Wissenschaft, der es allein um die Erkenntnis der Sache geht, sondern er hatte einen Zweck in der politischen Weltveränderung, was ihm einen anderen Charakter gegeben hat. Wie würdest du selbst darauf reflektieren, wie ihr damals gelehrt, geforscht und diskutiert habt?

Das ist abhängig vom Wissensstand jedes Lehrers gewesen. Es kam darauf an, wie du selbst mit den Dingen umgegangen bist, was du selbst studiert hast oder was du selbst als Vorbereitung genommen hast. Wir sind rein gegangen mit dem Kapital und haben dafür gesorgt, dass bestimmte Werke Lenins studiert wurden. Wir wollten immer mit dem Original in Verbindung bleiben.

Ich habe auch Sozialwissenschaften studiert und habe unterschiedliche Marxisten gelesen, darunter Georg Lukács aus Ungarn, Antonio Gramsci aus Italien, usw. usf.. Ich habe aber immer wieder gehört, dass bei euch bestimmte Werke nicht erlaubt und zugelassen waren bzw. wurden sie nur unter der Hand gefunden. Da denke ich automatisch: Ok, hier gab es ein Problem, wenn man Ideen von anderen Marxisten und den Austausch darüber nicht zugelassen hat.



Im Gespräch | v.l.n.r.: Martin Krempel, Walter Plicht, Hans-Jürgen Fuchs

Es stimmt, diese Leute wurden nicht gelehrt. Es gab auch kaum Veröffentlichungen. So das man selbst kaum darauf zurück greifen konnte. Das blieb also vollkommen unbearbeitet. Es gab ja eine Anti-Diskussion gegen den Eurokommunismus. Der wurde abgelehnt und insofern auch nicht groß diskutiert.

Du hast vorhin gesagt, dass du weiterhin und auch später hier in Weimar in der Partei aktiv gewesen bist und z.B. in Weimar-West eine BO geleitet hast. Wie ist es dazu gekommen? Wie kommt man auf die Idee, wenn die Wende im vollen Gange ist...

Das hängt damit zusammen, dass ich auf den Versammlungen vielfach zu den Diskussionspunkten gesprochen habe und dadurch auch in Weimar-West bekannt wurde. Irgendwann hat meine nähere Umgebung gesagt: »Du machst das.«

Und du wolltest auch?

Mir blieb nichts anderes übrig.

lachen

Wir waren eine gute Truppe in Weimar-West. Wir waren am Anfang sogar vier Basisorganisationen.

Du erzählst Dinge aus einem Paralleluniversum. Wie sah damals der Ablauf aus? In was für einem Rhythmus hat man sich getroffen? Was hat man gemacht? Hat man dort gelesen und diskutiert?

Wir haben Veranstaltungen gemacht. Ich hatte noch Verbindungen zu ehemaligen Kollegen, einer ist z.B. nach Jena und hat dort die Professur bekommen – ein Literaturwissenschaftler. Den habe ich dann animiert eine Buchlesung zu machen. Es waren immer Interessierte da... Veranstaltungen dieser Art habe ich auch noch in Weimar-Nord gemacht. Und natürlich gab es politische Diskussionen. Jetzt bin ich ja in einer der wenigen noch aktiven Basisorganisationen in Weimar-Nord. Unsere Vorsitzende ist sehr aktiv. Deswegen sage ich immer: Die Basisgruppe steht und fällt mit dem Vorsitzenden.

Wenn der Vorsitzende jedoch fast der einzige ist, der noch arbeitsfähig ist, ist es sehr schwierig ...

Zum Abschluss möchte ich fragen: Wie ist dein Blick – nach so langer Erfahrung – auf den aktuellen Zustand unserer Partei, in Weimar, in Thüringen & im Bund?

Über Weimar kann ich leider keine Auskunft geben. Durch mein Alter bin ich begrenzt auf meine Basisgruppe. Was die Partei im Ganzen betrifft: Es ist ein trauriger Zustand. Der Gefahr der Spaltung muss erfolgreich begegnet werden. Was mich z.B. stört: Der Parteivorstand

hat versäumt, an der Wagenknecht-Veranstaltung teilzunehmen. Das wäre eine Chance gewesen. Ich meine man muss in vielen Dingen der Wagenknecht Recht geben, aber nicht Recht geben, was die Spaltung betrifft. Das ist abzulehnen. Es braucht einfach eine richtige Diskussion und Klärung. Wir haben damals gesagt »pluralistische Partei« ... Da muss doch Platz sein für eine andere Meinung.

Ich stimme einigen ihrer Kritikpunkte zu, auch wie die Partei sich entwickelt hat, aber nicht ihren Lösungen. Dadurch bin ich in einem Widerspruch: Ich möchte, dass die Partei und die Führung auf die Fehler reflektiert, die Sahra Wagenknecht kenntlich macht, aber den Weg, den sie einschlägt, finde ich nicht sympathisch. Die Friedenskundgebung von ihr und das, was Aufstehen vorher war, ist immer zentriert um eine populistische Führung mit großen Charisma und Ausstrahlungskraft gewesen. Ich fühle mich dabei nicht wohl. Ich möchte mit meinen Genossen gemeinsam eine Bewegung und eine Partei aufbauen, weiß darum das wir auch Führungspersonen brauchen, die uns nach außen vertreten, aber sobald ich das Gefühle habe, dass alle nur noch nach dem einen Mund reden, wird es für mich schwierig. Und so ein Gefühl habe ich da manchmal.

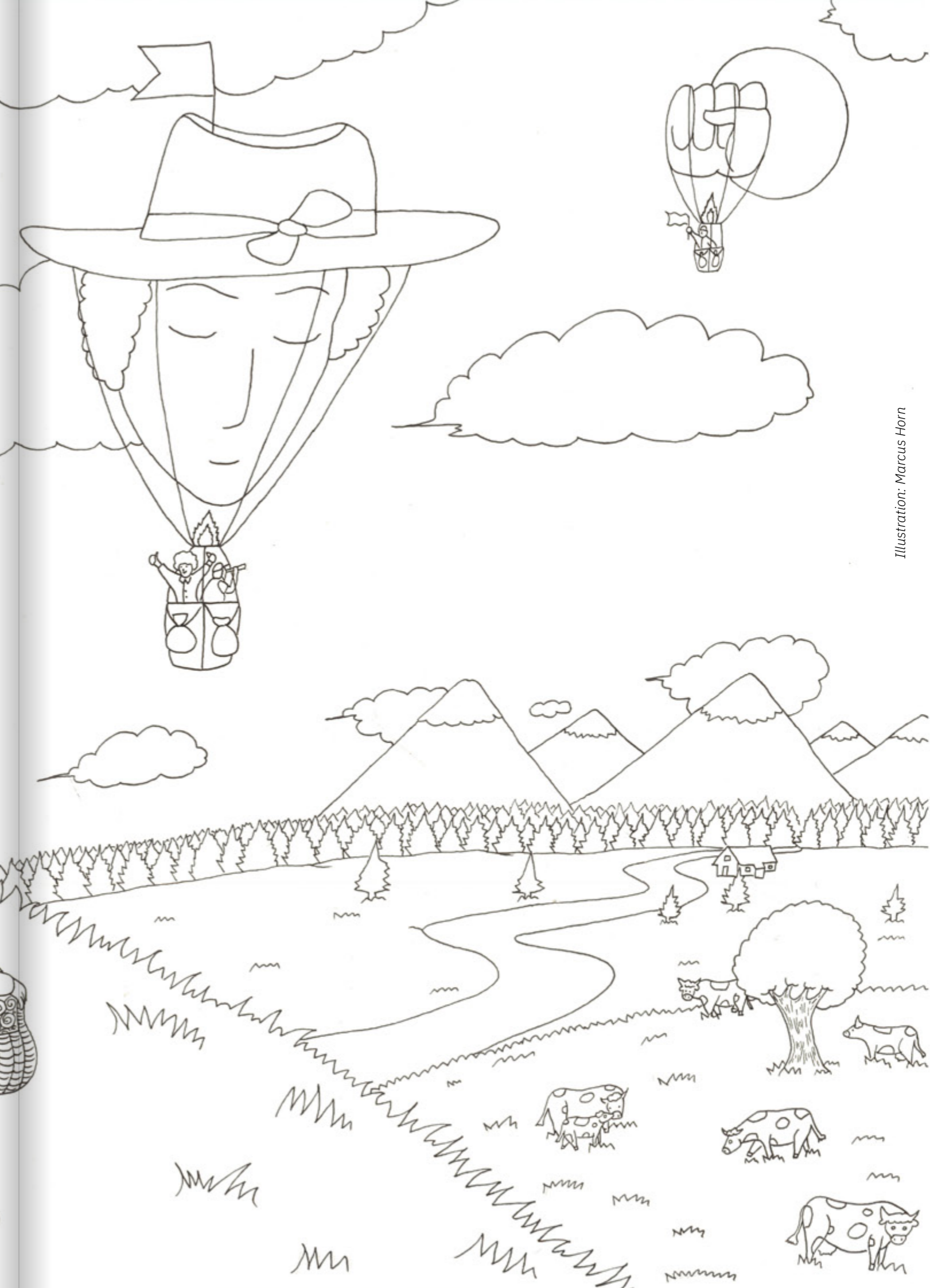
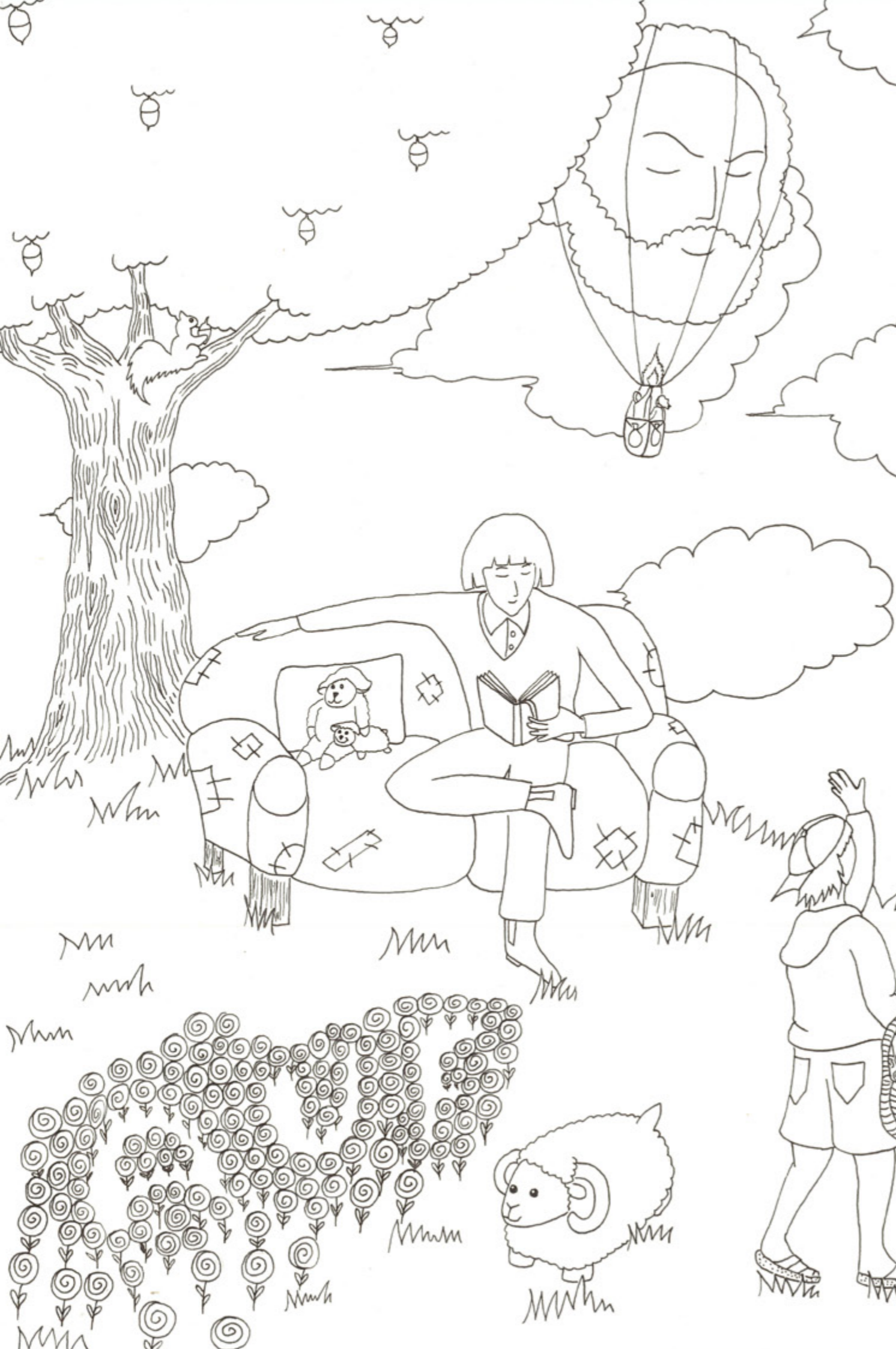
Was mich stört ist diese ständige Furcht vor rechten Mitläufern. Das kann man doch nicht so einfach verhindern. Deswegen kann man doch nicht sagen, wir machen keine Friedenskundgebung, weil einer von rechts dabei sein könnte. Das geht nicht.

Wie ist dein Blick auf die Thüringer Linke?

Die Thüringer Regierung kann ein Beispiel sein für linke Politik und vor allem auch verbunden mit der Erkenntnis, dass wenn man links eine Regierung bildet, nicht den Sozialismus aufbauen kann. Wir leben in einem kapitalistischen System und nutzen die Möglichkeiten, die sich juristisch bilden. So das man wirklich soziale Probleme lösen kann. Aber Kapitalismus aufheben geht nicht und diese Forderung sollte man auch nicht stellen, denn das System ist nun mal so, dass es zur Zeit selbst erhaltend wirkt.

Da würde ich hinzufügen: Es muss dennoch etwas geben, was uns von der Sozialdemokratie unterscheidet. Wir als linke Sozialisten sind in Teilen natürlich auch Sozialdemokraten, weil wir uns ebenso um das Wohl der Menschen im Hier und Jetzt sorgen, aber wir haben trotzdem eine Perspektive der Veränderung, die uns von ihnen unterscheidet.

Die Gefahr, das wir Sozialdemokraten werden, ist da und das sollte man verhindern. Was Sozialdemokratie ist, sehen wir in Berlin, mit ihrer Oberbürgermeisterin. Das ist typisch SPD. Wie schnell man die Seiten wechselt: Hauptsache Regieren, Hauptsache Macht.



Ohne Moos nichts los – DIE LINKE und die Finanzen

von Alexander Bierbach

Auf ca. 33,7 Mio. € beliefen sich im Jahr 2021 die Einnahmen der Partei DIE LINKE. Die Gesamtausgaben im gleichen Jahr betragen ca. 37,2 Mio. €. Die 3.855.252 € Mehrausgaben in einem Wahljahr sind nicht unnormal, aber ein ernstes Problem für die Partei. Im Ergebnis der deutlich gesunkenen Zweitstimmen bei dieser Wahl sank die staatliche Finanzierung auf das Zweitstimmenergebnis 2022 gegenüber 2021 um 3,2 Mio. €, nämlich auf 9,6 Mio. € von bisher 12,8 Mio. €.

Die trotzdem scheinbar gewaltige Summe relativiert sich, mit Blick auf SPD und CDU mit fast den 5-fachen Einnahmen und den Grünen mit der doppelten Summe. Die Summe und der Vergleich verdeutlichen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen DER LINKEN. Geld ist nicht Alles. Doch ohne Geld wären Wahlkämpfe, Veranstaltungen, Mitarbeiter, Geschäftsräume, Kampagnen etc. nicht möglich. Eine ausführliche Darstellung der Einnahmen und Ausgaben der Partei findet sich im gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Rechenschaftsbericht, veröffentlicht auf der Internetseite unserer Partei.

Von den 37,2 Mio. € Ausgaben 2021 wurden 35,6 % für Personal, 35 % für Wahlkampf, 14,7 % für Geschäftsbetrieb und 14,2 % für politische Arbeit ausgegeben. Insbesondere der Bundestagswahlkampf hat die Partei viel Geld gekostet.

Woher kommt das Geld und wie verteilt DIE LINKE ihre Einnahmen zwischen Bundespartei, Landes- und Kreisverbänden? In diesem Beitrag geht es ausschließlich um die Finanzierung der Partei. Die Finanzierung der Abgeordneten ist ein Bereich, der nicht unter das Thema »Parteienfinanzierung« fällt. Die LINKE finanziert sich gegenwärtig zu etwa zwei Dritteln aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Mandatsträgerbeiträgen und zu einem Drittel aus staatlichen Mitteln.

Aus der wichtigen, auch im Grundgesetz verankerten Rolle der Parteien in unserer Gesellschaft ergibt sich die Pflicht zur staatlichen Parteienfinanzierung. Ausgeschlossen von dieser Finanzierung sollen, so das Grundgesetz, Parteien sein, die »zielgerichtet die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen und damit der Beseitigung der Ordnung Vorschub leisten«. Im Falle des Ausschlusses entfallen auch die steuerlichen Privilegien für die Parteien und die Zuwendungen an diese Parteien. Über den Ausschluss von der staatlichen Finanzierung entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Umstritten ist regelmäßig die jährlich festzusetzende Gesamtsumme der Parteienfinanzierung. So wurde die für 2018 festgelegte Obergrenze von 161,8 Mio. € vom BVerfG für verfassungswidrig erklärt. Klarer sind die Regeln über die Verteilung dieser Summe. Im Parteiengesetz ist geregelt: »Der staatliche Zuschuss an politische Parteien richtet sich nach ihrer »Verwurzelung in der Gesellschaft«, also nach ihrem Erfolg bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie nach

dem Aufkommen an Zuwendungen (Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge und Spenden). Parteien müssen sich also immer um Unterstützung aus der Bevölkerung bemühen. Anspruch auf staatliche Mittel haben Parteien, die nach dem endgültigen Wahlergebnis der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5% oder einer Landtagswahl 1% der für die Listen abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben (§ 18 Abs. 4 Satz 1 PartG).«

In einem ersten Schritt werden alle Stimmen aus der letzten Bundestags- und Europawahl sowie den jeweils letzten Wahlen in den einzelnen Bundesländern zusammengezählt. Für die ersten 4 Mio. Stimmen erhalten die Parteien mit Stand 2020 1,06 Euro pro Stimme. Für jede weitere Stimme gibt es 0,87 Euro (Wählerstimmenanteil). Außerdem bekommen die Parteien jährlich 45 Cent für jeden Euro, den sie als Zuwendung in Form von Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerbeiträgen und Spenden von natürlichen Personen erhalten haben. Zuwendungen werden aber nur bis zu 3.300 Euro pro Person und Jahr berücksichtigt.

Natürlich schaue auch ich an Wahlabenden zuerst auf das Ergebnis und versuche eine politische Wertung vorzunehmen. Und doch geht ein zweiter Blick auch auf die Anzahl unserer Wähler. Jede Stimme mehr erweitert auch finanziell unsere Spielräume. Die Mindereinnahmen der schlechten Ergebnisse der letzten Jahre hinterlassen in den Kassen DER LINKEN ihre Spuren.

Grundsätzlich soll die Eigenfinanzierung (Mitgliedsbeiträge, Spenden, Mandatsträgerbeiträge) die staatliche Finanzierung übersteigen. Die wichtigste Einnahmequelle einer Partei sind die Mitgliedsbeiträge. Sie betragen 2021 10,845 Mio. €. DIE LINKE hat eine solidarische Beitragsordnung. Mit dem Eintritt in DIE LINKE wird die Satzung der Partei auch hinsichtlich der Mitgliedsbeiträge verbindlich. Modalitäten und Höhe der Beiträge sind in der Bundesfinanzordnung und der Beitragsordnung geregelt.

Der Monatsbeitrag beginnt bei 1,50 €, z.B. für Mitglieder ohne eigenes Einkommen oder Empfänger von Transferleistungen und reicht bis 4 % des Nettoeinkommens ab 2500 € monatlichem Nettoeinkommen. In schwierigen Situationen kann der Kreisvorstand auf Antrag den monatlichen Beitrag befristet aussetzen. In der Diskussion der Beitragshöhe bleibt der Steuervorteil für Zahler von Einkommensteuer oft unberücksichtigt. Bei Beiträgen + Spenden bis 1650 € / 3300 € (Ehepaare) gibt es für Alle, die Einkommenssteuer zahlen, 50 % vom Finanzamt zurück. Für die seltenen Fälle höherer Beiträge und Spenden können noch einmal 1650 € bzw. 3300 € als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Die Tatsache, dass jedes Mitglied orientiert an der Beitragsordnung die Höhe seines monatlichen Beitrags selbst festlegt, ändert nichts daran, dass nur der an der Beitragsordnung orientierte Beitrag satzungsgemäß ist. Die Einhaltung der solidarischen Beitragsordnung ist für die notwendige Finanzierung unserer Aufgaben erforderlich.

Sie ist aber auch ein Maßstab, ob wir, die Mitglieder der Partei die geforderte solidarische Gesellschaft in unserer Partei selbst vorleben. Geschieht das nicht, verkommt unser Anspruch an eine gerechte solidarische Gesellschaft zur Phrase, verlieren wir an Glaubwürdigkeit.

Regelmäßig eintreffende Beitragsanpassungen und ein durchschnittlicher Monatsbeitrag von ca. 25 € in unserem Kreisverband (Spitze in Thüringen) sind positiv und dafür ein Danke an unsere Mitglieder. Und doch gibt es Reserven, über die wir sprechen sollten. Mehrere Jahre ohne Beitragsanpassung – gab es wirklich keine Lohn- oder Rentenerhöhung, gab es keinen Übergang von der Schule oder Arbeitslosigkeit in das Berufsleben, gab es beim Selbständigen wirklich jedes Jahr die gleichen Einkünfte?

Spenden sind eine wichtige Einnahmequelle der Parteien und werden in Spenden natürlicher und juristischer Personen unterteilt. Die LINKE verzichtet auf Unternehmensspenden. Für uns ist der gewaltige Einfluss des großen Geldes, von Unternehmen und Lobbyisten auf die Politik ein unerträglicher Zustand. Dieser Einfluss ist demokratiegefährdend. Für das Jahr 2020 weist Lobby Control Spenden von Unternehmen und Verbänden an die Parteien aus: CDU 8,7 Mio, CSU 3,6 Mio, SPD 1,9 Mio, FDP 1,3 Mio, Bündnis 90/Die Grünen 690.000, AfD 36.000, DIE LINKE 0 €. Nur bei einem kleinen Teil der Spenden ist erkennbar, von wem sie kommen. Intransparenz, Methoden der Verschleierung werden von unserer Partei kritisiert und haben auch zu zahlreichen Gesetzesinitiativen geführt. Mit dem grundsätzlichen Verzicht auf Unternehmensspenden hat DIE LINKE ein Alleinstellungsmerkmal. Daher sind die Spenden unserer Mitglieder und SympathisantInnen für DIE LINKE um so wichtiger. 3,13 Mio. € Spenden hat DIE LINKE 2021 erhalten.

Eine weitere Säule unserer Einnahmen sind die Mandatsträgerbeiträge, geregelt in §4 der Bundesfinanzordnung unserer Partei, die wir im Kreisverband mit unseren kommunalen Mandatsträger:innen vereinbaren und die vollständig dem zuständigen Kreisverband zufließen.

»Mitglieder von Parlaments- und Kommunalvertretungen mit dem Mandat der Partei DIE LINKE sowie Parteimitglieder, die öffentliche Wahlämter innehaben bzw. die in Wahrnehmung öffentlicher Wahlämter und Mandate als Mitglieder von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten Bezüge erhalten, leisten auf der jeweiligen Gliederungsebene der Partei neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen regelmäßig Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerbeiträgen. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments entrichten ihren Mandatsträgerbeitrag an den Parteivorstand.« (aus der Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE)

Angelehnt an Beschlüsse des Landesparteitages sind in unserem Kreisverband Mandatsträgerbeiträge in Höhe von 10% der Aufwandsentschädigungen und 20 % der Aufsichtsratsvergütungen verabredet. Mandate sind das Resultat der Arbeit vieler Parteimitglieder incl. finanzieller Aufwendungen im Wahlkampf. Hier fließt etwas an die Partei zurück und zugleich sind es wichtige Mittel für die nächsten Wahlkämpfe.

Wie werden die Einnahmen der Partei zwischen den Gliederungen aufgeteilt? Vereinfacht kann man sagen, die Bundespartei erhält die Mittel aus der Parteienfinanzierung. Dazu kommen Spenden an die Bundespartei und Mandatsträgerbeiträge der Bundestagsabgeordneten und der Europa-Abgeordneten. Die Landesverbände finanzieren sich grundsätzlich selbst

aus Beiträgen, Spenden sowie jährlich 50 Cent pro Zweitstimme der letzten Landtagswahl. Für finanzschwache Landesverbände organisiert die Bundespartei außerdem einen Länderfinanzausgleich. Als einziger Landesverband der LINKEN verfolgt Thüringen seit 1992 das Konzept der Finanzierung »von unten«. Das heißt, dass die Kreisverbände nicht nur ihre Spenden und Mandatsträgerbeiträgen einwerben, sondern selbst ihre Beiträge erheben. Mit vereinbarten Anteilen der Mitgliedsbeiträge wird der Landesvorstand anteilig finanziert. Die Höhe dieses Anteils beträgt nach Beschluss des Landesparteitages zwischen 70 % (kleinste Kreisverbände) und 84 % (größte) der tatsächlichen gezahlten Mitgliedsbeiträge. Apolda-Weimar zahlt als größerer Kreis 80%.

Eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben unseres Kreisverbandes 2022 gibt folgende Tabelle:

Mitgliedsbeiträge, EL-Beiträge	71.637 €
Mandatsträgerbeiträge	5.775 €
Spenden	9.052 €
Sonstige Einnahmen	1.092 €
Einnahmen gesamt	87.556 €
Geschäftsbetrieb	6.959 €
Politische Arbeit, Wahlen	19.463 €
Beitragsanteile	55.925 €
Kommunalwahlfonds	1.234 €
Weitergabe EL-Beiträge	1.725 €
Ausgaben gesamt	85.306 €
Überschuss	2.250 €

Für die politische Arbeit seien hier nur beispielhaft Veranstaltungen, Ginkgoblatt und Mitgliederbetreuung genannt.

Die Jahre 2023 und besonders 2024 (Wahljahr) werden neue höhere Ansprüche stellen. Um uns auf das Superwahljahr 2023 mit Kommunal-, Landtags- und Europawahlen gut vorzubereiten, sollten wir ein Spendenergebnis von mindestens 10.000 € in diesem Jahr und eine Steigerung im nächsten Jahr anstreben. Wenn Ihnen/Euch linke Politik und linke Wahlerfolge wichtig sind, dann würde eine Spende helfen. Vielleicht auch als regelmäßige Spende, z.B. als Beitrag zur Finanzierung dieser Zeitung.

Der Erfolg der lateinamerikanischen Linken

und ihr Exportpotenzial

von Arturo Gallegos Garcia

Die Welle linker Regierungen, die mit dem Sieg von Hugo Chávez in Venezuela im Jahr 1999 begann, hat seitdem Höhen und Tiefen erlebt; man kann jedoch sagen, dass der allgemeine Trend zur Linken von Mexiko bis Patagonien bis heute anhält. Mit dieser Linken ist nicht die marxistisch-leninistische Linke gemeint, die im Moment in Lateinamerika nur in Kuba regiert. Hier ist von der neuen lateinamerikanischen Linken die Rede, die viele als Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnen, auch wenn das nicht ganz korrekt ist.

Welches sind die besonderen Merkmale dieser politischen Bewegung, die Wechselbeziehung zwischen den Kräften und den sozialen Gegebenheiten, die die Hegemonie der lateinamerikanischen Linken ermöglicht haben? Und – was vielleicht ebenso wichtig ist – welche dieser Merkmale oder Strategien lassen sich erfolgreich auf andere geografische Schauplätze, insbesondere in Europa, übertragen?

Pluralität in der Homogenität

Zunächst ist es notwendig, die ähnlichen historischen und soziopolitischen Besonderheiten der lateinamerikanischen Länder anzuerkennen, die sich aus einer gemeinsamen Quelle speisen. Damit ist meistens ihre koloniale Vergangenheit und ihre Gegenwart der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Überausbeutung (die fälschlicherweise als »Unterentwicklung« bezeichnet wird) gemeint. Dennoch hat jedes Land aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten unterschiedliche Charakteristika entwickelt, von der Geografie, wie im Fall der Grenze zwischen Mexiko und den USA, bis hin zur Demografie, wie im Fall des Multinationalen Staates Bolivien.

Kontraste und Nuancen

Als Folge der unterschiedlichen nationalen Faktoren existieren verschiedene linksgerichtete Regierungen, die aus unterschiedlichen politischen Traditionen hervorgegangen sind. Diese Regierungen haben unterschiedliche Charaktere, die es zu erkennen gilt. Das politische Spektrum ist ebenso vielfältig wie widersprüchlich; im Falle Chiles beispielsweise liegt eine Koalitionsregierung vor, in der die Kommunistische Partei (KP) von Chile die meisten Stimmen beigesteuert hat und gleichzeitig die Partei ist, die am wenigsten in der Regierung vertreten ist. Paradoxe Weise und trotz der Präsenz der KP von Chile hat der aus dieser Koalition resultierende Präsident Gabriel Bóric keine entschlossenen Schritte zu einer linken Wirtschaftspolitik unternommen. Allgemein beschränkt er sich bis jetzt auf politische Korrektheit und symbolische Taten. Außerdem stellt er sich auf internationaler Ebene ständig auf die Seite der USA, wenn es um die Verurteilung der Regierungen von Kuba, Venezuela und Nicaragua geht.

Im Gegensatz dazu besteht in Mexiko die Regierung von Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der aus der Tradition des nationalistischen Sektors der PRI

hervorgegangen ist und nun die Partei MORENA gegründet hat. Eine Regierung, in deren Koalition, die ihn unterstützt, keine kommunistische Partei zu finden ist. Trotz dies und der Tatsache, dass Obradors Partei stark von reaktionären Elementen kontaminiert ist, hat seine Regierung vor kurzem Lithium verstaatlicht, und ein ähnlicher Versuch wurde für 51% des Energiemarktes unternommen. Obwohl die letztgenannte Initiative wegen der reaktionären parlamentarischen Opposition scheiterte, zeigt die Regierung von AMLO ihr Engagement, die Energieunabhängigkeit des Landes zu erreichen. Auf internationaler Ebene ist AMLO ein starker Befürworter linker Regierungen in der Region, einschließlich der Rettung des ehemaligen bolivianischen Präsidenten Evo Morales, der Opfer eines Staatsstreichs wurde. Ein weiteres Beispiel ist die Intensivierung der Beziehungen zu Kuba, die ständige Anprangerung der verbrecherischen US-Blockade der Insel und die Verleihung des »Ordens des Aztekenadlers«¹ an den kubanischen Präsidenten Miguel Díaz Canel.

Führerschaft

Persönlichkeiten wie AMLO in Mexiko, Hugo Chávez in Venezuela, Lula da Silva in Brasil, Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador und Cristina Fernández in Argentinien sind eindeutige Beispiele dafür, dass sich das Gravitationszentrum der sozialen Bewegung in Lateinamerika um charismatische und volksnahe Führer:innen gedreht hat. Die dialektische Beziehung zwischen diesen Akteur:innen und den Massen könnte nicht weniger wertvoll sein und ist wahrscheinlich eines der Merkmale, die sie am meisten von ihren europäischen Pendanten unterscheiden.

Vielleicht mit Ausnahme von Jeremy Corbyn in Großbritannien und Jean-Luc Mélenchon in Frankreich befindet sich die europäische Linke in einer schweren Führungskrise. Es gibt keine charismatischen und einflussreichen Persönlichkeiten, und wenn es welche gibt, dann sind sie nicht in einer Position, in der sie innerhalb ihrer Parteien oder breiten Fronten Einfluss nehmen könnten.

Die revolutionäre Linke in diesen Prozessen

Ein weiterer großer Unterschied ist der Ausschluss der revolutionären Linken in den breiten europäischen Fronten. Bewusst oder unbewusst entfernt sich die europäische Linke, die immer mehr nach rechts rückt, um sich dem politisch Korrekten anzupassen, proportional von ihren natürlichen Verbündeten, den revolutionären linken Parteien mit soliden und politisch ausgebildeten Kadern. Nur dort, wo die kommunistischen Parteien jeglichen revolutionären Charakter verloren haben, werden diese Parteien in Fronten eingebunden. Hierzu zählt die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) in der Melénchon-Kampagne 2017 oder die Kommunistische Partei Spaniens (PCE). Letztere ist sogar Partner in der derzeit in Spanien regierenden Koalition, die der



Abbildung: El País Zeitung

Entsendung von Panzern in die Ukraine den Vorzug gibt, anstatt die gravierenden Probleme des Wohnungsbaus und der Inflation anzugehen, unter denen die spanischen Arbeiter:innenmassen leiden.

In Lateinamerika ist die Situation anders. Die KP von Venezuela unterstützte (bis vor kurzem) die Bewegung der V. Republik von Hugo Chavez, die KP Boliviens ist integraler Bestandteil der Bewegung zum Sozialismus, das PK Brasiliens² unterstützt die Regierung von Lula da Silva und die KP Argentinens hat mit der »Frente para Todos«³, die Alberto Fernandez zum Präsidenten machte, auch dasselbe getan. In anderen Ländern unterstützen kleinere, nicht registrierte revolutionäre Parteien die Koalitionen und Fronten und rufen zur Stimmabgabe für ihre Kandidat:innen auf.

Souveränität und Außenpolitik

Der Aufruf der revolutionären Parteien, die breiten Fronten in Lateinamerika zu unterstützen, sei es von der Wahlplattform aus oder von außen, hat zwei Hauptgründe, die in Europa weitgehend fehlen:

1. Der antiimperialistische Charakter der fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen. Diese Regierungen haben sich mehr oder weniger konsequent (mit Ausnahme von Bóric in Chile) gegen den amerikanischen und europäischen Imperialismus gestellt. Während vermeintlich linke europäische Regierungen wie die von Syriza in Griechenland oder die derzeitige spanische Regierung den Interessen der nationalen Bourgeoisie im eigenen Land und auf internationaler Ebene der europäischen Bourgeoisie, die ihrerseits in der Regel dem Diktat der USA gehorcht, völlig untergeordnet waren und sind.

2. Der andere Aspekt ist der der nationalen Souveränität. Die Mehrheit der europäischen Länder befindet sich in der rechtlichen Zwangsjacke der Europäischen Union, die von ihren großen Kapitalinteressen kontrolliert wird. Die Mehrheit der nicht-revolutionären Linken erkennt den ausbeuterischen und imperialistischen Charakter der Europäischen Union nicht an. Dies macht es sehr schwierig, eine solide und einheitliche breite Vereinigung mit Kräften zu erzielen, welche die negative Natur des kapitalistischen Projektes der EU erkennen.

Diese Hindernisse müssen überwunden werden, um eine – wenn nicht klassenlose, so doch viel egalitärer und gerechtere Gesellschaft zu erreichen.

¹ Es ist die höchste Auszeichnung, die die mexikanische Regierung an Ausländer:innen vergibt. Sie wird in Anerkennung herausragender Verdienste um die mexikanische Nation oder die Menschheit verliehen.

² Partido Comunista do Brasil »PC do B«.

³ »Front von Allen«

Verlorene Orte der freien Rückkehr

von Martin Krempel

Es gibt einen Ausspruch, der symptomatisch für antifaschistische Gesellschaftskritik steht: »Links ist da, wo keine Heimat ist«. Die Poetik dieses Satzes bringt den aufreibenden Kampf gegen die Reproduktion von Machtverhältnissen und die Kritik an Verwurzelungsmythen auf den Punkt und treibt ihn auf ein kaum zu erreichendes, anderes Ufer zu, eine bessere Welt. Es wird eine Lebensform präsentiert und angestrebt, die es schafft, sich vom Zwang zu lösen, an den Ort gebunden zu sein, auf welchem man auf die Welt gekommen ist.

Die Negation von Heimat ist in diesem Sinne Negation von Leid und gleichzeitig Aufbruch zu einem Nicht-Ort, einem niemals heimisch werden; dies soll eine erneute Wiederherstellung – auch unter anderen Vorzeichen – von Leid verhindern. Es finden sich folglich zwei inhaltliche Punkte: Erstens wird die Flucht vor Subordination und Gewalt, also das »Aufbrechende«, als ein emanzipatorischer Prozess verteidigt. Zweitens wird die Forderung voran getrieben, niemals dieses »Aufbrechende« zu beenden, also den Widerstand gegen falsche Verhältnisse in ständiger Negation von Sicherheit und Geborgenheit zu führen. So schnell und einfach dem ersten Punkt zugestimmt werden kann, so schwierig muss man es sich mit dem zweiten machen. Die Verhinderung von jeglicher Form von Heimat, die der Satz einfordert, liegt darin begründet, dass dieses Thema ein zutiefst konservativer Sachverhalt ist. Er steht für den sicheren Ort vor der gefährlichen großen Welt. Ein verständlicher und dennoch fragwürdiger Schutzmechanismus, der eine simplifizierende Reaktion auf die Zerrissenheit des modernen Subjekts präsentiert und den Geburtsort, als eine Einbalsamierung von vergangenen Leid, in die Gegenwart der Individuen unabänderlich einschreibt. Noch weiter zugespitzt steht er für den faschistischen Heimatschutz gegen das als feindlich wahrgenommen Fremde. Dringt man dennoch tiefer in das »metaphysische Herz« des Heimatkomplexes ein, lässt sich schwer leugnen, dass sich die meisten Menschen wünschen, an einem bestimmten Ort glücklich und ohne Angst leben zu können. Menschen, die vor dem Nationalsozialismus ins Exil flüchten mussten, bestätigen diese paradox-negative Beziehung zu ihrem Heimatland in eindrücklicher Weise. Das nationalsozialistische Deutschland hatte sie dazu genötigt, die Umgebung zu verlassen, in der sie das Leben kennen gelernt hatten, denn die Sicherheiten der eigenen Lebenswelt hatten sich in den Terror der Volksgemeinschaft gewendet. Und dennoch: Das, was zur Gewalt geworden war, wurde von ihnen nicht einfach negiert, sondern häufig in Negation der Negation wieder erhofft.

Eine Situation, die uns der zum Juden gemachte Emigrant Jean Améry beschreibt, bringt das erschreckend unweigerlich auf den Punkt. Im Exil in Belgien klopfte ein SS-Mann, der im selben Haus nächtigte, an die Tür vom Améry, um Nachtruhe einzufordern, während sich im Nebenraum Material zur Verbreitung von antifaschistischer Gegen-Propaganda befand. Die Gefühlswelt während dieser Begegnung beschreibt Améry wie folgt: Der SS-Mann »stellte seine Forderung – und dies war für mich das eigentlich Erschreckende an der Szene – im Dialekt meiner eigenen Heimat. Ich hatte lange diesen Tonfall nicht mehr vernommen, und darum regte sich in mir der aberwitzige Wunsch, ihm in seiner

eigenen Mundart zu antworten. Ich befand mich in einem paradoxen, beinahe perversen Gefühlszustand von schlotternder Angst und gleichzeitig aufwallender familiärer Herzlichkeit, denn der Kerl, der mir diesen Augenblick zwar nicht gerade ans Leben wollte, dessen freudig erfüllte Aufgabe es aber war, meinesgleichen in möglichste großen Mengen einem Todeslager zuzuführen, erschien mir plötzlich als ein potentieller Kamerad. Genüge es nicht beim Wein ein Heimat- und Versöhnungsfest zu feiern?«

Vernünftig genug antwortete er in französischer Sprache, stellte damit den SS-Mann zufrieden und die Tür wurde wieder geschlossen. Die früheren Mit-Menschen waren für Améry, wie für viele Millionen andere auch, zu Gegen-Menschen geworden, die das Einverständnis mit dem mörderischen Regime passiv praktizierten oder aktiv verwirklichten. Im Kontrast zum schmerzlich erfahrenen Entzug von Weltvertrauen, steht seine Empfindung: »Was zu hassen unser dringender Wunsch und unsere soziale Pflicht war, stand plötzlich vor uns und wollte ersehnt werden.« Die Begegnung mit dem SS-Mann evozierte in Améry Angst davor, dass dieser Ort und seine Menschen ihn wieder eingeholt hatten und gleichzeitig Trauer um den Verlust einer besseren, vorfaschistischen Zeit. Was lässt uns eine solche existenzielle Erfahrung erahnen, wenn nicht, dass der Mensch immer auch so etwas wie Heimat benötigt. »Das rückschrittliche Bärenhäuterei den Heimatkomplex besetzt hat, verpflichtet uns nicht, ihn zu ignorieren«, so Améry. Meine These ist folglich, dass sich eine »neue« Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Fortschritt, Gesellschaftskritik und Heimatverlust in der Literatur der antifaschistischen Exilanten finden lassen. In keiner Weise gilt es jedoch, ihr Leid durch Gleichsetzung mit unseren Erfahrungen zu relativieren. Améry betont, dass aus seinen Worten »wenig allgemeine Gültigkeit« zu gewinnen sei, da diese sich aus den Erfahrungen eines zum Juden gemachten Exilanten speisen. Jedoch scheint es möglich, dass man durch »Eingedenken« in die Geschichte der Exilanten philosophische Fragmente erhält, die das benennen können, was auch heute fehlt. Blitzt nicht in den extremen Erfahrungen der Emigranten etwas auf, was auch für uns, trotz nicht vergleichbarer Bedingungen, noch Gültigkeit besitzt?

Walter Benjamins geschichtsphilosophischen Thesen folgend, können wir unsere Beziehungen zu den vergangenen Generationen als eine denken, in welcher wir der Leiden und der unabgeholtenen Versprechen der Vergangenheit gewahr werden und versuchen, uns dem Geschehenen aus der Sicht der Verlierer zu erinnern. Die Methode des »emphatischen« Aufbewahrens der Trümmer der Geschichte sollte aber nicht nur den Leiden der Verfolgten des Nationalsozialismus, sondern allen Menschen gelten, die nie die Möglichkeit bekommen haben, ihr sozial zugeschriebenes Leben zu verändern. Wie stark bestimmt auch heute noch unsere Hautfarbe, Geschlecht und Klassenzugehörigkeit die Möglichkeit, das zu arbeiten und zu gestalten, was uns am nächsten liegt; die symbolische Ordnungsfunktion einer nicht frei gewählten Heimat hat eben ganz konkrete Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensformen. Ein fortschrittlicher Begriff von Geborgenheit und Sicherheit muss aus diesem Grund offen sein für das vergangene Leid und es ungeschehen machen wollen,



Hilde Löbner und Kurt Liebermann teilen ihre Zweizimmerwohnung mit dem ebenfalls aus Deutschland geflüchteten Walter Pöppel und dessen Frau Jenny. Die Wohnung dient als Umschlagplatz für Flugschriften der Sozialistischen Arbeiterpartei und als Anlauf- und Sammelstelle für Informationen aus dem Reich. Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

ohne es jemals wirklich zu können. Heimat sollte in bestimmte Negation ihrer selbst, als Befreiungsbewegung gegen erniedrigte, geknechtete Lebensformen, beginnen; jede Verkennung von Leid wird ansonsten früher oder später reaktionär. Darüber hinaus muss an einem Ort festgehalten werden, zu welchem man gerne zurückkehrt, was manchmal bedeutet, Geschichte vom zukünftigen Besseren her zu durchlaufen. Hoffnung ist eine Produktivkraft und hilft Handlungsfähigkeit zu generieren, um Kraft zu finden neue Gemeinwesen zu erkunden. Ist man soweit erst einmal gekommen, hat man sich also gegen das, was einen beenzt oder quält, aufgelehnt oder sich zumindest partiell davon befreit, besteht immer noch die Gefahr, an anderen Orten das erfahrene Leid zu reproduzieren. Jeder soziale Bruch ist zu einem gewissen Teil auch eine Kontinuität und so darf nicht »ein Sich-Zusammenrotten von Erkalten, die die eigene Kälte nicht ertragen, aber auch nicht sie ändern könne« (Adorno), geschehen. Die Negation muss aus diesem Grund doppelt vollzogen werden: Erstens gegen die Heimatmetaphorik von Blut und Scholle, sowie zweitens gegen kollektivistische Neuzusammensetzungen der Vereinzelung. Und dennoch: Das auch etwas fehlt und zwar etwas ganz spezifisches, nämlich Orte der Geborgenheit, des Glücks und der Widerständigkeit ist unbestritten. Was fehlt, ist ein Begriff von einem Zustand, der es lohnt, bejaht zu werden und der nicht schon a priori als reaktionär abgelehnt wird, sondern die Sehnsucht in konkrete Praxen umsetzt und nicht daran zerbricht. Es gibt kein gutes Leben ohne lebensweltliche Orientierungspunkte; nur aus ihnen heraus kann Neues gesucht werden, auch wenn sie gebrochen, umgedeutet oder verändert werden.

Entfremdung in radikalster Form ist der Verlust von Heimat, wenn der Horizont einer neuen nicht erreichbar scheint. Dagegen gilt es aufzubegehren, nicht wie ein »stumpfsinnig am Orte tretender Finsterling« (Améry), sondern im Sinne eines emanzipatorischen Anspruchs auf ein selbst gestaltetes und nicht getriebenes Leben. Von Heimat braucht der Mensch »umso mehr, je weniger er davon mit sich tragen kann« (ebd.), denn eine Wiedererkennung von Symbolen, Identitäten und Chiffren macht es erst möglich, sich aus der Sicherheit des Gewissens die Welt anzueignen. Jemand zu werden, der man sein will, sich aktiv mit der Gesellschaft auseinander zu setzen, benötigt immer auch Mit-Menschen,

auf die man sich verlassen kann. Aus diesem Grund müssen wir Orte des Gemeinsamen herstellen: Communarden werden. Ohne lebensweltliche Sicherheiten ist keine kontinuierliche Handlungsfähigkeit möglich, eine Handlungsfähigkeit, die der Widerstand gegen den Nationalsozialismus bitter notwendig gehabt hätte. Und ist dies nicht auch auf unsere heutige Zeit übertragbar? Natürlich sind die Ungerechtigkeiten im 21. Jahrhundert nicht so lebensbedrohlich wie die unter dem NS-Regime begangenen Verbrechen und dennoch fehlt es auch heute an alltäglichem Widerstand gegen Ausgrenzung und Unterdrückung. Ich denke dieser ist nur möglich, wenn es Orte der Freundschaft und Begegnung gibt, Orte, an denen man sich dem schwierigen Zustand von richtigen Assoziationen im falschen Ganzen bewusst werden kann und versucht über diese Situation hinaus zu kommen. Ertragbar ist die Welt nur, wenn es widerständige Orte des Gemeinsamen gibt. Ein Gemeinsames, welches weder innere Konflikte im Konsens übermalt, noch die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft verhindert, sondern es ermöglicht, auf immer wieder neu herzustellende Art und Weise sich aus der »Verstricktheit« zu befreien. Diese Fähigkeit trägt dann ebenso Züge von Heimat, begriffen als ein Ort der freien Rückkehr, des Rückzugs für den Fortgang. Ein »kultureller Internationalismus« (ebd.) in der Offenheit gegenüber der Welt kann sich nur dort wirklich entfalten, wo er sich mit dem gesicherten Leben zu Mit-Menschen verbindet. »Man muss Heimat haben, um sie nicht nötig zu haben« (ebd.)

Dem Käfig Heimat wollen wir entfliehen und der Einsamkeit einen neuen Namen geben: Ein Name, der es Wert ist gestaltet, verändert und in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen verteidigt zu werden. Das heißt, das offene Gemeinwesen ist zugleich ein politischer wie humaner Begriff – politisch, da er erbaut werden muss, human in seinen Werten. Jederzeit droht jedoch der Rückfall ins Inhumane wie Militärische. Diese Dialektik ist nicht hintergebar, sondern eröffnet erst das Feld zum demokratischen Streit; nie utopielos und dennoch realistisch genug, keiner Ideologie zu verfallen. Widerstand und Rückzug gehören zusammen, wo das eine vom anderen sich trennt, werden beiden beschädigt. Emigranten sind unsere wichtigsten Zeugen von diesem Zusammenhang.

Cui bono? Wem nützt das?

von Stanislav Sedlacik

Am 20. März las ich folgendes Zitat von Sahra Wagenknecht: »Ich möchte meine politische Laufbahn nicht mit einem Flop abschließen!«

Die Gründung einer neuen Partei wird ein Flop sein. Ähnlich wie der Versuch von Wagenknecht mit der Sammlungsbewegung »Aufstehen«. Im Ergebnis wird DIE LINKE in die politische Bedeutungslosigkeit verschwinden. Die Verlierer werden die Benachteiligten in der Gesellschaft sein, für welche sich DIE LINKE stark macht. Denn sie kämpft dafür, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ein gutes und friedliches Leben zu führen - aber das ist nicht gewollt. Denn damit wird der Grundpfeiler unserer Gesellschaft »Hast du was, dann bist du was und wenn du nichts hast, bist du selber schuld« in Frage gestellt.

von Sabine Berninger

Wie weiter mit der LINKEN?

Das Bild, das derzeit von der (Bundes-)Partei gezeichnet wird oder das die Partei derzeit von sich zeichnet, ist verzerrt. Das sind wir nicht. Wir sind nicht die Partei, die Interessen gegeneinander ausspielt - die der Geflüchteten gegen die »Einheimischen«, die der Akademiker:innen gegen die der Arbeiterklasse, die der Alten gegen die der Jungen ...

Wir wollen nicht länger in Mithaftung genommen werden für die ‚Methode Wagenknecht‘, für Populismus, der Ängste schürt, aufgreift und bestärkt. Für einfache Antworten, die auf Halb- oder Unwahrheiten beruhen und keinerlei Lösungen bieten für aktuelle Probleme. Wir wollen nicht Ängste mobilisieren, den Status quo festschreiben, Neid produzieren.

Sondern wir wollen als LINKE den Übergang in diese neue Welt beschreiben: »einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend«, wie es in unserem Grundkonsens gesagt ist.

Wir wollen in der (nicht nur Medien-) Öffentlichkeit nicht mit Streit und Spaltungsversuchen und -vorwürfen stattfinden, sondern mit Lösungsvorschlägen. Wir wollen eine Debatte um diese Lösungsvorschläge - eine solidarisch geführte Debatte.

Eine Debatte, in der nicht die Schrilteste und Lauteste dominiert, sondern die Nachdenklichen. Die Progressiven. Jene, die Gesellschaft nicht nur abwertend beschreiben, Aktive diskreditieren, sondern die sie gestalten möchten. Für und mit denen, die von den Auswirkungen immer neuer gesellschaftlicher Krisen betroffen sind. Für eine Zukunft, an der Alle teilhaben. DIE LINKE hat mit ihrem Parteiprogramm 2011 beschrieben, wie wir die Welt verändern wollen. Jedoch ist seitdem einige Zeit vergangen.

In Sachsen, Brandenburg und Thüringen finden 2024 Landtagswahlen statt. Die Wagenknecht-Partei und DIE LINKE werden sich dann gegenseitig bekämpfen und beide verlieren. Viele Benachteiligte werden von den zwei Parteien enttäuscht sein und die AfD wählen. Nicht wissend, dass in ihrer Präambel im AfD Grundsatzzprogramm für Deutschland steht: »Wir sind Liberale (das ist schon die FDP) und Konservative (das sind schon CDU und CSU)! Die Alphatiere in unsere Partei richten sich leider nicht nach dem letzten Satz im Kommunistischen Manifest: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« Stattdessen folgen sie wohl dem Fürsten Bernhard von Bülow: »Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein«. Das Motto für unsere Parteiarbeit sollte lauten: »Wir wissen, dass wir uns nicht einig sind, trotzdem halten wir daran fest, dass wir eine Partei sind - für eine friedliche und gerechte Welt!« Wenn wir das nicht schaffen, sind wir aus der Bundespolitik raus!

Die Welt hat sich weitergedreht und ist nicht zuletzt mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine eine andere geworden. Eine Welt, die von Krieg, Klimakatastrophe und steigender Armut gezeichnet ist. Eine Welt, die neue linke Antworten braucht. Antworten, die DIE LINKE derzeit nicht oder nur unzureichend bietet.

Das müssen wir ändern, sonst gibt es für unsere Partei keinen Aufbruch.

Es geht uns dabei nicht um Spaltung. Wir wollen eine diskutierende, plurale Partei, die sich trotzdem immer wieder klar zu den wichtigen Fragen positioniert. Wir wollen eine Partei, die notwendige Opposition verkörpert und linke Veränderungen entwickelt, propagiert und umsetzt.

Wir sagen allen: Diese Partei ist nicht kaputt. Sie hat einen Kompass. Wir sind überzeugt: für eine Politik, die Geflüchtete gegen »Einheimische« ausspielt, das Klima gegen die soziale Frage, Freiheitsrechte gegen den Gesundheitsschutz, den Frieden gegen die Solidarität mit dem Angegriffenen, gibt es keine Mehrheiten mehr in der LINKEN. Nicht auf Bundesparteitagen und nicht in den Landesverbänden. Wir haben für viele Probleme derzeit keine gemeinsame Lösung, das wollen wir ändern. Weg von der populistischen Methode, wer am lautesten schreit und Streit provoziert, hin zur progressiven programmatischen Diskussion. Deshalb machen wir inhaltliche Vorschläge, dazu wollen wir Debatten und Entscheidungen. Um die Ergebnisse schließlich in Veränderung zu übersetzen. In die aktive Gestaltung unserer Gesellschaft für Alle.

Am 18. März fand in Berlin das zweite Treffen progressiver Linker statt. Ein Treffen von Genoss:innen, die um ihre, unsere Partei kämpfen wollen. Weil es diese Partei braucht.

Mach gerne mit: <https://progressive-linke.org/>

Der Verein Faire Welt e.V.

Warum engagieren wir uns im Verein Faire Welt e.V., der den Weltladen in Weimar betreibt?

von Heidrun Sedlacik

Als wir vor 12 Jahren nach Weimar gezogen sind, wurden die engagierten Frauen im Weltladen mit dem Frauenpreis der LINKEN geehrt, und ich durfte die Laudatio halten. Seitdem entstand ein enger Kontakt zum Verein, und als ich ins Rentenalter kam, interessierte ich mich ebenfalls für dieses Ehrenamt. Nun trage ich Verantwortung im Vorstand des Vereins Faire Welt e.V. und nutze neben dem Verkauf ausschließlich fairer Ware auch aktiv die Bildungs- und Aktionsarbeit für den fairen Handel. Dieses Jahr existiert der Weltladen in der Windischenstraße bereits 30 Jahre!

Mit unseren Aktionen außerhalb des Weltladens sehen wir uns als Teil der Fair-Handels-Bewegung und fordern von der Politik, dass sie die Rahmenbedingungen für die Produktion und den Handel so setzt, dass weder Menschen noch die Natur ausgebeutet werden. Denn wenn wir einen Blick auf den Anfang der Lieferkette werfen, sieht die Realität immer noch anders aus. So machten wir in Weimar einen Osterhasenstreik!

Zum Ostermarkt streikten wir - als Osterhasen verkleidet - gegen Gift-Schokolade, d.h. gegen Pestizide im Kakaoanbau. Pestizide, die in Deutschland und der EU aufgrund ihrer Gefahr für die menschliche Gesundheit und Umwelt verboten sind, kommen im Kakaoanbau in Westafrika weiterhin zum Einsatz. Vergiftungen bei den Kakaobäuer:innen und ihren Kindern sowie die Zerstörung der Umwelt und Artenvielfalt sind die Folge. Die Osterhasen haben diesen Gifteinsatz satt! Sie wollen keine Gift-Schokolade in die Osternester mehr legen!

Der Hasenstreik war Teil einer bundesweiten Aktion in über 30 deutschen Städten.



Bild: Heidrun Sedlacik

Und dafür lohnt sich unser Ehrenamt!

Solange Menschen, die unsere Lebensmittel und andere Güter unseres täglichen Bedarfs immer noch unter menschenunwürdigen Bedingungen produzieren - ohne die Möglichkeit zu haben, sich für ihre Rechte und Belange einzusetzen - braucht es Organisationen, die genauer hinschauen. Und vor allem muss es rechtliche Rahmenbedingungen geben, die gewährleisten, dass die Produzent:innen nicht gnadenlos ausgebeutet werden.

Was machen wir im Fairen Handel also anders?

Die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen ist unser Kernanliegen.

- Zu seinen wichtigsten Forderungen gehören z.B.:
- das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit
 - langfristige Handelsbeziehungen
 - höhere Erlöse für die Produzent:innen
 - Förderung der Geschlechtergerechtigkeit
 - Weiterbildungsmöglichkeiten
 - Schutz der Umwelt

Auch wenn wir nur eine kleine Gruppe von den über 800 Weltläden deutschlandweit sind, machen wir unsere Forderungen für ein starkes Lieferkettengesetz bei jeder Aktion laut, machen auf Ungerechtigkeiten im Welthandel aufmerksam und zeigen, wie Handel unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien erfolgreich sein kann. Nicht nur hier möchte der Faire Handel eine Veränderung schaffen: die Bildung von Gewerkschaften, die Förderung von existenzsichernden Einkommen und Löhnen, Verbot von Dumpingpreisen, die Einschränkung von Konzernmacht sowie die Förderung von Gleichberechtigung sind wichtige Bausteine hin zu einem gerechteren Welthandel.

Inge Koch

75 Jahre in unserer Partei –
75 Jahre Kampf gegen Faschismus
und Krieg

von Hans-Jürgen Fuchs

Am 27. März ging unsere Freundin und Genossin Inge Koch nach 92 erfüllten Lebensjahren für immer von uns. Sie hinterlässt eine große Lücke. War sie doch maßgeblich nach 1990 am Erhalt und Weiterbestehen unserer Parteiorganisation in Weimar-West und an der Wiedergründung der VVN in Thüringen beteiligt und war lange ehrenamtlich tätig, u. a. in der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald/Dora und in unserer BO Weimar-West.

Geboren Silvester 1930 in Duisburg, musste sie bereits mit 3 Jahren mit ihren als Kommunisten verfolgten Eltern 1933 Deutschland verlassen. Über die Tschechoslowakei, der Vater war tschechischer Staatsbürger, (hier erlebte Inge ihr erstens Schuljahr und erlernte dadurch die tschechische Sprache) gelang es den Eltern 1939, illegal über Polen, Holland und Norwegen nach England zu fliehen. Sie hatte also bereits mit 9 Jahren unbewusst mehrere Länder erlebt und sprach bereits da etwas deutsch, aber gut tschechisch und jetzt kam noch die englische Sprache dazu. In England ging sie 5 Jahre zur Schule. Die Zeit in England war für die Eltern nicht leicht, aber sie waren unter Freunden und mussten keine Verfolgung durch Nazis fürchten.

Im Jahr 1945 ging es dann zurück in die Tschechoslowakei nach Dux, dort blieben sie aber nicht lange. Da ihre Eltern am antifaschistischen Aufbau in Deutschland teilhaben wollten, zogen sie, gegen Inges Willen, wieder nach Deutschland zurück und zwar nach Halle. Jetzt musste sie wieder deutsch lernen, was fast ganz verloren gegangen war und ihr sehr schwerfiel. Um etwas zu lernen, ging sie 1946 ein Jahr auf eine Haushaltsschule, in der Hoffnung eine bessere Lebensmittelliste zu bekommen.

Mit 17 bewarb sie sich dann in Halle bei der Polizei, um »Verbrecher zu jagen«, war aber dann »nur« in verschiedenen Verwaltungsebenen tätig. In dieser Zeit trat sie dann, für sie ganz normal, in die neugegründete SED ein. Inzwischen verheiratet und nach Potsdam gezogen, ergab es sich, dass für Übersetzungsarbeiten der englischsprachigen Marx-Engels Werke Übersetzer gesucht wurden. Sie bewarb sich und fand dort eine echte Bewährungsprobe, die ihr viel Selbstbewusstsein gegeben hat. Ohne einen Schulabschluss wagte sie sich an ein Geschichtsstudium an der Parteihochschule heran und arbeitete weiter an den Marx-Engels Werken (44 Bände in 47 Büchern), zuletzt als wissenschaftliche Assistentin bis 1967.

Nach einer zweiten Heirat mit Heinz Koch, den sie an der Parteihochschule kennengelernt hatte, folgte sie Heinz nach dem Studium nach Weimar, denn Heinz wurde an die SED-Kreisleitung nach Weimar »delegiert«. Wieder ein Neuanfang. Für Inge ergab sich nach ihrer Tätigkeit am Marx-Engels-Institut eine Lehrtätigkeit an der Bezirksparteischule in Erfurt bis zur Übernahme der DDR durch die BRD 1990.



Inge Koch bei einem Friedensfest in den letzten Jahren.
Foto: Kevin Reichenbach

Diese war für sie beide eine echte Wende. Waren doch beide so eng mit der DDR und der SED verbunden, dass es für sie im neuem Staat keine Verwendung mehr gab. So waren beide als Rentner weiter ehrenamtlich tätig für unsere Partei und als aktive Antifaschisten.

Der Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns bestand jetzt mehr denn je darin, die Menschen über Faschismus, Krieg und den Widerstandskampf dagegen aufzuklären. Nach dem Tod von Heinz am 1. Januar 2016 wirkte Inge noch lange in seinem Sinne, bis ihre Gesundheit diesem ein Ende setzte.

Wir werden sie immer in Erinnerung behalten als gute Freundin, als nimmermüde, immer einsatzbereite Kämpferin für unsere Sache.

Berichte aus den Kommunen

Über den Haushaltsbeschluss für den Kreis Weimarer Land

von Gudrun Kittel

Die Rahmenbedingungen für die Erstellung des Haushaltes für den Kreis Weimarer Land für 2023 waren auch diesmal schwierig. Der völkerrechtswidrige, abscheuliche Angriffskrieg Russlands, eine Energiekrise, Klimakrise, gestörte Lieferketten und eine grassierende Inflation haben auch beträchtliche Auswirkungen auf die kommunale Ebene. So stiegen die Energiekosten und die Sozialausgaben des Kreises, die notwendigen Tarifierhöhungen bei Gehältern mussten Berücksichtigung finden wie auch die Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge und die enorm gestiegenen Bestellerentgelte beim ÖPNV. So machte der 1. Entwurf der Verwaltung aus dem Oktober 2022 noch einen ungedeckten Finanzbedarf von 44,4 Mio € aus, der durch die Kreisumlage, also den Zahlungen der kreisangehörigen Gemeinden an den Landkreis, ausgeglichen werden sollte. Dazu regte sich natürlich der Widerstand, vor allem der Bürgermeister, die übrigens mehrheitlich das gleiche CDU-Parteibuch tragen wie die Landrätin.

Gerne wird vom Ausbluten der kommunalen Familie gesprochen. Sieht man sich allerdings die Fakten an, kommt man zu einem anderen Schluss. Erst vor wenigen Wochen hat der Thüringer Rechnungshof bestätigt, dass es der kommunalen Familie finanziell deutlich besser geht, seitdem RRG ab 2015 begonnen hat, den kommunalen Finanzausgleich aufzustocken und besser auf die Bedürfnisse der Kommunen auszurichten. Zudem zeigt sich auch, dass die Kommunen finanziell relativ gut durch die vergangenen Krisen gekommen sind. Allein zum 31.12.2021 hatten alle Gemeinden, Städte und Landkreise 363 Millionen EURO mehr in der Kasse, als sie ausgeben konnten. So hatte auch der Kreis Weimarer Land nach dem Rechnungsergebnis 2021 einen Überschuss von 5,6 Millionen EURO. Und schaut man sich die Umlagekraft der Gemeinden im Kreis Weimarer Land an, liegt diese aktuell bei 97,4 Mio EURO und stieg damit erneut an, im Vergleich zum Vorjahr nämlich um 5,9 Mio EURO. Bei diesen Fakten kann man die Weltuntergangsstimmung mancher kommunaler Vertreter wirklich nicht nachvollziehen.

Sinnvoll war es trotzdem, den Beschluss zum Haushalt, nicht wie sonst all die Jahre, schon im November zu fassen, sondern auf den Februar zu verschieben. So hatte die Verwaltung die Möglichkeit, nach dem Beschluss zum Landshaushalt die Einnahmen und Ausgaben so zu ändern, dass nun der ungedeckte Finanzbedarf von 44 Mio € auf 39,3 Mio € sinken konnte. Der Hebesatz für die Kreisumlage sollte sich nach dem überarbeiteten Vorschlag im Vergleich zu 2022 nur moderat auf 40,39 v.H. erhöhen.

Trotz schwieriger Haushaltserstellung wird der Kreis Weimarer Land weiter investieren, wenn auch der Vermögenshaushalt mit rund 23,5 Mio € um 2,6 Mio € geringer ausfällt als im Vorjahr. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Investitionen liegt wieder mit fast 10 Mio € bei den Schulen des Landkreises. Zusätzlich zum Kommunalen Finanzausgleich bekommt das Weimarer Land aus den 50 Mio Sondervermögen des Landes, dem »Thüringer Energiekrise und Corona – Pandemie - Hilfsfondsgesetz« 1,79 Mio €. Besonders auch diese Zahlung trug letztendlich zur Senkung der Kreisumlage bei.

Mit zusätzlichen 1,57 Mio € vom Land Thüringen können nun die erheblichen Mehraufwendungen des Landkreises bei den Ausgaben für geflüchtete Menschen aus der Ukraine in den Bereichen SGB II, SGB IX und SGB XII minimiert werden, denn diese Ausgaben stellen finanzielle Herausforderungen dar, auf die der Landkreis keinen Einfluss hat aber dennoch den Sozial- und Gesundheitshaushalt stark belasten.

Das Weimarer Land bekommt in diesem Jahr vom Freistaat Thüringen für das Landesprogramm »Solidarisches Zusammenleben der Generationen« 650.000 €. Damit können die soziale Infrastruktur jenseits von Pflichtaufgaben besser unterstützt, Angebote für Familien gestärkt und neue Impulse gesetzt werden.

Sehr begrüßt haben wir als Linke, dass das Land Thüringen weiter die Schulsozialarbeit stärkt. So erhält der Landkreis in diesem Jahr rund 936.000 € aus dem Förderprogramm des Landes. Deshalb haben wir in der Haushaltsdebatte an den Jugendhilfeausschuss die klare Erwartung gerichtet, schnell zu prüfen, inwieweit die zusätzlichen Landesmittel für eine weitere Stelle eines Schulsozialarbeiters/ Schulsozialarbeiterin Verwendung finden können. Wünschenswert wäre, die Stelle an die Regelschule in Blankenhain zu geben, denn von dieser Schule wurde schon mehrfach ein Antrag gestellt, der aber bisher aus finanziellen Gründen immer wieder abgelehnt wurde. So hätte der Kreis dann endlich an jeder Regelschule eine Schulsozialarbeiterin.

Spielräume für eigene Anträge zum Haushalt sahen wir als Fraktion nicht. Hätte es doch bedeutet, im ohnehin eng gestrickten Entwurf dafür andere wichtige Maßnahmen zu streichen. Diese Hemmschwelle hatten die Fraktionen der CDU mit der Gruppe der FDP aber auch die Freien Wähler/ BI offensichtlich nicht. Deren Hauptangriffspunkt waren die von der Verwaltung geplanten neuen Personalstellen. Die eingesparten Personalkosten sollten sowohl die Kreisumlage auf einen Hebesatz unter 40 senken als auch Änderungswünsche finanzieren.

Wir hatten es als Fraktion nicht für möglich gehalten, dass in dieser Kreistagsitzung die Mehrheit der Kreisräte einem Änderungsantrag der CDU/ FDP zustimmen würde, ein 250.000 € teures Gutachten zur »Organisationsuntersuchung« in Auftrag zu geben, statt eine Sachbearbeiterin für Verwaltungsorganisation einzustellen. Verknüpft mit diesem Gutachten war die Tatsache, dass so gut wie alle von der Verwaltung begründeten neuen Stellen bis zum Ergebnis des Gutachtens gestrichen wurden. Mit weitreichenden Folgen. Da die Gutachtertätigkeit aufgrund ihrer Höhe europaweit ausgeschrieben werden muss, hat dieser Beschluss zur Folge, dass weder 2023 und sicher auch noch 2024 so gut wie keine der dringend benötigten neuen Stellen besetzt werden können. Verhindert wurde nämlich mit dem Haushaltsbeschluss die Nachbesetzung von den Stellen, die durch die Freistellung von zwei Mitgliedern des neugewählten Personalrates im Landratsamt notwendig wurden.

Hier muss man sich wirklich die Frage stellen, inwieweit der Kreistag überhaupt das Recht hat, sich über gesetzliche Vorgaben hinwegzusetzen. Obwohl das eigentlich im § 45 Absatz 4 im Thüringer Personalvertretungsgesetz geregelt ist und sich daraus für den Landkreis bzw. für den Kreistag die Pflicht ableitet, im Haushalt für deren Erfüllung auch die notwendigen Haushaltsmittel einzustellen, wurden diese Stellen abgelehnt.

Betroffen von den Streichungen sind z.B. die Stellen im Sozialamt zur Eingliederungshilfe, der Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde und eine Stelle im Bereich Heimerziehung. Ganz besonders irritierend ist für uns in dem Zusammenhang auch die Streichung der Personalstelle für einen »Amtsvormund«. Die Begründung der Verwaltung sollte eigentlich für alle Kreistagsmitglieder nachvollziehbar gewesen sein. Mit der Novellierung des SGB VIII sollen nämlich Pflegschaft und Vormundschaft von den übrigen Aufgaben getrennt werden. Unserer Ansicht nach wird hier mit dem Kindeswohl gespielt, nach dem Motto, es wird schon nichts passieren. Wir möchten als Fraktion, dass sich Wartezeiten und Bearbeitungszeiten in der Verwaltung gerade auch im Bereich des Sozialamtes oder im Jugendamt deutlich verringern und das geht nur mit einer besseren Personalausstattung.

Wir waren nach dieser Haushaltsdebatte sehr enttäuscht, denn wir hatten uns sehr ausführlich in einer Klausur und in mehreren Fraktionssitzungen mit dem Zahlenwerk und den Änderungsanträgen der Verwaltung auseinandergesetzt. Letztlich waren wir uns einig, dem geänderten Haushalt zuzustimmen, jedoch nur, wenn die Änderungen bzw. Streichungen der genannten Stellen durch die Änderungsanträge keinen Eingang in den Haushaltsbeschluss finden. Obwohl wir in der Haushaltsdebatte kritisch auf den Rechtskonflikt bezüglich der Stellenstreichungen hingewiesen hatten, prallten unsere Bedenken an der Mehrheit der Kreistagsmitglieder ab. Das hat uns letztlich auch dazu bewogen, dem Haushalt nicht zuzustimmen.

Bis heute gibt es von der Landrätin zu den Stellenstreichungen keine öffentliche Bewertung. Wir werden als Fraktion jede Gelegenheit nutzen, um hier nachzufragen und vor allem zu erfahren, wie denn unter diesen Umständen die notwendige Arbeit in den sensiblen Bereichen von Sozial- und Jugendamt geleistet werden kann.

Arbeitslosigkeit und Hartz IV

Das System verstehen und sich solidarisch selber helfen

Komm zum Bündnis Sozialtransfair!

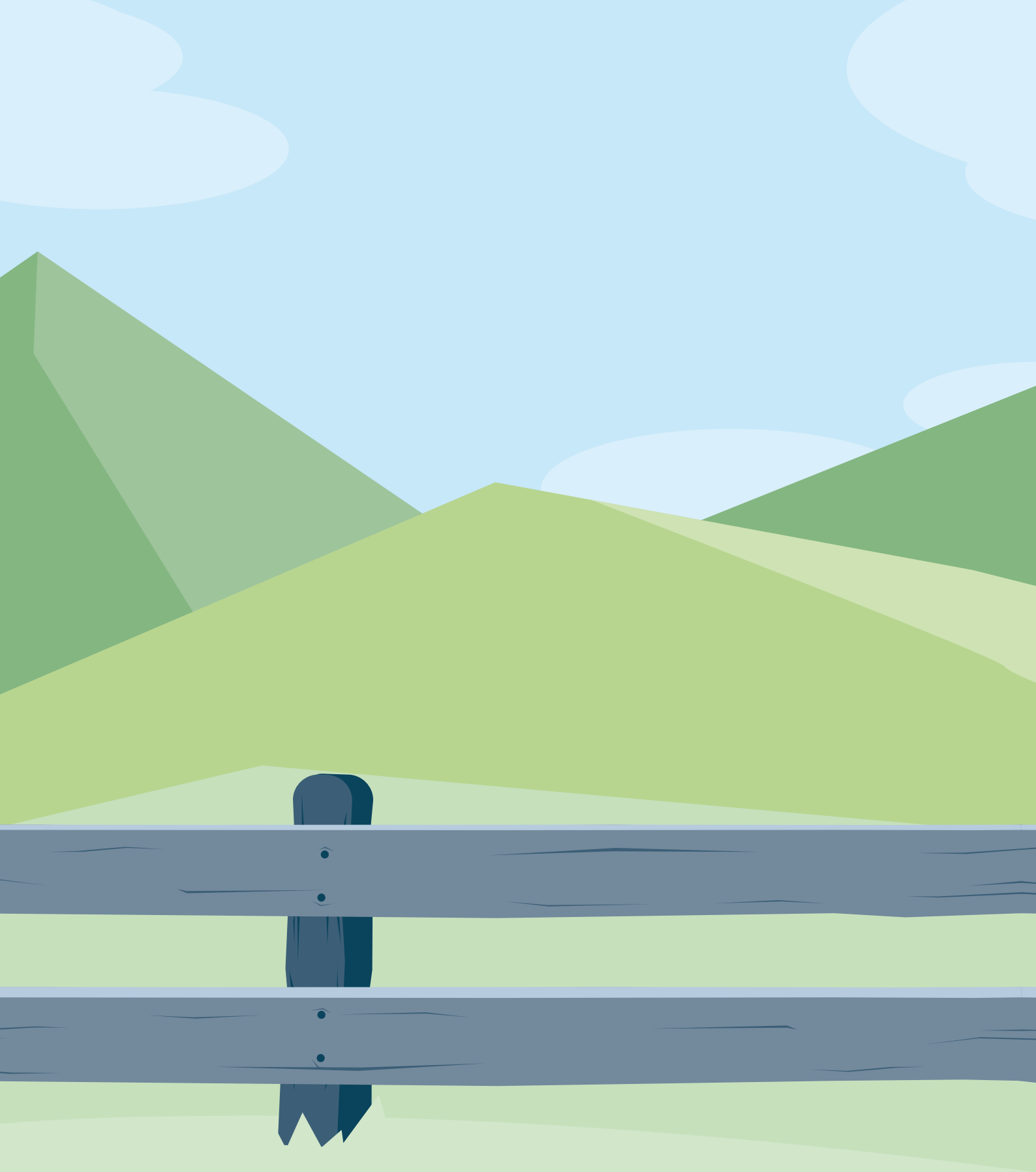
Regelmäßige Treffen finden monatlich in der Markstraße 17 statt

☎ 03643 202645

🌐 www.sozialtransfair.de

📘 Bündnis Sozialtransfair e.V.





DAS ROTE MAI|JUN|JUL 23
ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land